

Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik

perspektive 21

www.perspektive21.de

Heft 18 • April 2003



Der Osten und die Berliner Republik

Mit einem Beitrag von Matthias Platzeck



**Tobias Kaufmann/
Manja Orlowski (Hg.)**

**„Ich würde
mich auch wehren...“**

**Antisemitismus und Israel-Kritik –
Bestandsaufnahme nach Möllemann**

160 Seiten, Paperback, ISBN 3-936130-04-3, 12,80 €

Die Bestandsaufnahme namhafter Autoren in diesem Buch wirft Schlaglichter auf die wichtigsten Teile der Möllemann-Debatte, sie erklärt Hintergründe und Zusammenhänge, ohne wissenschaftlich abstrakt zu werden und sie ist eine klare Meinungsäußerung gegen antisemitischen Populismus.

Spätestens nach Möllemanns Ausspruch, Israels Ministerpräsident Sharon und der jüdische Journalist Michel Friedman selbst förderten Antisemitismus, werden sich viele Juden in diesem Land gewünscht haben, eine größere Zahl ihrer nicht-jüdischen Mitbürger hätte ihnen ermutigend zugerufen: „Ich würde mich auch wehren“. Dieses Buch soll nicht zuletzt so ein Zuruf sein.

„Das Echo, das Möllemann mit seinen Anwürfen gegen Paul Spiegel und Michel Friedman erzeugt hat, ist nach wie vor enorm. Porzellan ist zer schlagen worden, und zwar mutwillig und vorsätzlich. Das Vertrauen wieder herzustellen, wird deshalb nicht einfach sein.“

Julius H. Schoeps

weber

Hebbelstraße 39, 14469 Potsdam

Tel. 0331-2008722, Fax 0331-2008724, Mail: info@weber-medien.de

Wir liefern versandkostenfrei auf Rechnung.

Der Osten und die „Berliner Republik“

<i>Vorwort</i>	3
THEMA	
<i>Matthias Platzeck</i>	5
Warum der Westen genauer in Richtung Osten schauen sollte	
<i>Rolf Reißig</i>	16
Ostdeutschland – ein Zukunftsprojekt der „Berliner Republik“?	
<i>Klaus-Jürgen Scherer</i>	25
Wertewandel aus dem Osten?	
<i>Eva Kunz und Susanne Melior</i>	37
Gleichberechtigt und gleichgestellt?	
<i>Norbert Glante</i>	47
Brandenburger und Polen am Vorabend eines europäischen Aufbruchs	
MAGAZIN	
<i>Anton Maegerle</i>	57
„Junge Freiheit“-Autoren und ihr politisches Umfeld	
<i>Anton Maegerle</i>	83
Thorsten Thaler (Jg. 1963) – eine politische Biografie	

Herausgeber

SPD-Landesverband Brandenburg

Redaktion

Klaus Ness (ViSdP)

Benjamin Ehlers

Klaus Faber

Klara Geywitz

Lars Krümrey

Christian Maaß

Till Meyer

Manja Orłowski

Silke Pamme

Anschrift

Friedrich-Ebert-Straße 61

14469 Potsdam

Telefon

0331 - 200 93 – 0

Telefax

0331 - 270 85 35

Mail

Perspektive-21@spd.de

Internet

<http://www.perspektive21.de>

Bezug

Bestellen Sie Ihr kostenloses
Abonnement direkt beim Herausgeber.
Senden Sie uns eine Mail.

Gesamtherstellung, Vertrieb

Weber Medien GmbH
Hebbelstraße 39
14469 Potsdam

Liebe Leserinnen und Leser der „Perspektive 21“!

Hinter uns liegt der „Winter des Missvergnügens“, das Frühjahr scheint nicht viel besser zu werden. Massenarbeitslosigkeit, Konjunkturkrise, steigende Lohnnebenkosten bestimmen die aktuelle Stimmungslage und während ich dieses Vorwort schreibe, geht der Irak-Krieg in den siebten Tag.

„Über den »kranken Mann Europas« berichtet konsterniert die internationale Presse – und meint damit ausgerechnet das große wiedervereinigte Deutschland in der Mitte unseres Kontinents. Das tut weh.“ Mit diesen Worten fasst Matthias Platzeck in seinem großen Essay in diesem Heft seinen Eindruck der Situation zusammen. Zugleich verweist er darauf, dass die gegenwärtige Diskussion zur Lösung der Krise fast frei von ostdeutschen Teilnehmern ist. Und damit sind wir beim Thema: Welche Rolle kann Ostdeutschland in dem gesamtdeutschen Erneuerungsprozess spielen? Kann der Westen etwa sogar vom Osten lernen? Eine fast schon unverschämte anmutende Frage in den meisten westdeutschen Ohren.

Dass im Osten schon lange nicht mehr versucht wird, Westdeutschland eins zu eins zu kopieren, stellt Rolf Reißig vor die Frage, wie die andere, neue deutsche Republik aussehen kann. Dabei kommt er zu der Erkenntnis, dass

die Ostdeutschen teilweise schon in der Zukunft angekommen sind, während manchem Westdeutschen erst schwant, dass es wohl in nächster Zukunft zu einem nie gekannten Wandel auch seiner Gesellschaft kommen wird. Oder mit den Worten von Matthias Platzeck: „Die Ostdeutschen haben ihr Gesellschaftssystem komplett zusammenbrechen sehen. So etwas prägt. Die im Westen verblasste historische Erfahrung, dass buchstäblich alles auch ganz anders kommen kann, hat sich Ostdeutschen tief eingebrannt. Und eben darin liegt heute ihr Vorsprung vor jenen, die so viel Wandel und Umbruch in den letzten Jahrzehnten nicht erlebt haben.“

Wie stark sich dieser Umbruch der Gesellschaft in Ostdeutschland in den Einstellungen und Werten der Menschen niederschlägt, ist das Thema von Klaus-Jürgen Scherer. Zum einen finden sich immer noch starke Bezüge zu einem Idealbild der solidarischen Gesellschaft, diese sind gleichzeitig aber verbunden mit dem harten Realismus einer Generation Ostdeutscher, die den Strukturwandel des globalisierten Kapitalismus miterleben. Matthias Platzeck beschreibt diese „neuen Ostdeutschen“ so: „Diese Generation trauert nicht mehr um das verklärte Vergangene, sie

ergreift energisch und pragmatisch ihre Chancen in der Gegenwart. Aber auch für die meisten Älteren ist das Leben in der neuen Republik längst nicht mehr fremd oder gar bedrohlich. Sie sind Ostdeutsche mit Westmentalität. Das war kein leichter Weg, doch die Fremdheit des Anfangs, die Unsicherheit der frühen Jahre – das alles liegt heute hinter ihnen.“

Der Beitritt Ostdeutschland zur BRD prägt aber auch schon jetzt die Lebensrealität West - ohne dass das hier wie dort hinreichend bewusst ist. Das verdeutlichen Susanne Melior und Eva Kunz anhand der Frauen- und Familienpolitik nach 1989. Erstaunliche Schritte nach vorn etwa im Familienbild oder bei dem Recht auf Abtreibung lassen die Autorinnen zu dem Resultat kommen, dass ganz Deutschland in der Lage ist, Veränderungsprozesse schnell zu vollziehen und der Osten Deutschlands dabei eine ganz wichtige Rolle spielen kann.

Abgerundet wird unser Themenschwerpunkt durch einen Beitrag von

Norbert Glante, der den Blick auf die EU-Osterweiterung lenkt und die sich daraus ergebenden Chancen für den Osten und ganz Deutschland beleuchtet.

Im Magazin-Teil veröffentlichen wir zwei Beiträge von Anton Maegerle. Sein Thema ist die rechtsextreme „Junge Freiheit“, die sich auffällig oft um brandenburgische Politik bemüht und auch in der landespolitischen Diskussion immer wieder eine Rolle spielt. Sein Blick hinter die Kulissen dieser Zeitschrift ist erhellend, ernüchternd und erschreckend. Im CDU-regierten Baden-Württemberg und im SPD-regierten NRW wird das Blatt vom Verfassungsschutz beobachtet. Solange das in Brandenburg noch nicht geschieht, macht sich die Perspektive 21 um diese notwendige Aufgabe verdient.

Ich wünsche auch dieses Mal eine anregende und spannende Lektüre.

*Ihr
Klaus Ness*

perspektive 21 im Internet

Die Hefte 1-17 sind im Internet unter www.perspektive21.de als pdf-Datei zum Download verfügbar.

Warum der Westen genauer in Richtung Osten schauen sollte

Bei der Modernisierung Deutschlands sitzen Ost und West im selben Boot. Die Ostdeutschen können dabei weit mehr sein als Kostgänger und Nachahmer des Westens.

von Matthias Platzeck

I.

Jäh haben Sorgen und Selbstzweifel in diesen Monaten eine erfolgsgewohnte Gesellschaft ergriffen. Die Bundesrepublik steckt in ihrer tiefsten Krise – das ist die Erkenntnis, die vor allem den Westdeutschen plötzlich mit erschreckender Klarheit gekommen ist. Aber nicht nur ihnen. Über den „kranken Mann Europas“ berichtet konsterniert die internationale Presse – und meint damit ausgerechnet das große wiedervereinigte Deutschland in der Mitte unseres Kontinents. Das tut weh. Für den westlichen Teil unserer Republik sind solche Zuschreibungen allemal ungewohnt. Doch die Lage ist tatsächlich ernst. Die Arbeitslosenquote steigt weiter, die Konjunktur kommt nicht auf die Beine. Die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik, so heißt es summarisch, seien zu teuer, zu ineffizient, jedenfalls untauglich für bevorstehende Belastungen. Die Zukunft von gesetzlicher

Alterssicherung und solidarischem Gesundheitswesen steht in Frage, das deutsche Bildungswesen hält im internationalen Wettbewerb angeblich kaum noch mit. Der zerrüttete Zustand der öffentlichen Haushalte gibt überall Anlass zu tiefer Besorgnis.

Zugleich streiten sich Abend für Abend in den Talkshows Politiker und Prominente wie die Kesselflicker über geeignete Wege aus dem Kladderdatsch. Dramatische Diagnosen und apokalyptische Prophezeiungen irrlichtern durch die Studios. Für die einen steht das ganze „System“ kurz vor dem Ruin – als ginge es um die Demokratie von Weimar im Herbst 1932. Andere wiederum sagen der Bundesrepublik bereits ein ähnliches Ende voraus, wie es 1989 die marode DDR erlebte. Schon haben leichtfertige Jungjournalisten von Massenprotesten vor dem Berliner Kanzleramt schwadroniert. Und ein emeritierter Berliner Historiker mit vormals großem Namen gebärdet sich als

Sprachrohr des mutmaßlich mächtigen Volkszorns: „Bürger, auf die Barrikaden!“

Bizarren genügt. Nur: Wer hört eigentlich solche Signale? Und von wem kommen sie? Aufschlussreich ist, dass das schrille Krisenspektakel, das in den vergangenen Monaten Fernsehen und überregionale Feuilletons der Republik beherrscht hat, fast ganz auf Teilnehmer aus Ostdeutschland verzichtet. Kaum jemand aus den neuen Bundesländern beteiligt sich an all den hitzigen Debatten um den angeblich bevorstehenden (oder womöglich doch noch abwendbaren) Untergang der Berliner Republik. Wie abwegig sämtliche Krisendiagnosen sind, die Parallelen zwischen dem gegenwärtigen Zustand der deutschen Republik und den Zuständen in der DDR sehen – das erkennen gerade diejenigen in Deutschland mit besonders scharfem Blick, die noch sehr genau wissen, was es heißt, Bürger in einem *tatsächlich* sterbenskranken Gemeinwesen zu sein. Dass sich die Bundesrepublik bei allen aktuellen Schwierigkeiten auf fundamentale Weise von der staatssozialistischen DDR unterscheidet, versteht buchstäblich jeder, der in seinem Leben in beiden deutschen Staaten gelebt hat. Wer hingegen, wie es Arnulf Baring getan hat, die heutige Bundesrepublik allen Ernstes als „DDR light“ charakterisiert, der kann im Grunde weder von der einen

noch von der anderen Gesellschaftsordnung sehr viel verstanden haben. Jeder, der nacheinander DDR und Bundesrepublik von innen erlebt hat, weiß es kraft eigener Erfahrung einfach besser. Es ist nicht zuletzt die Fähigkeit zum erfahrungsgesättigten Vergleich, die den Ostdeutschen ein abgewogenes Urteilen möglich macht.

Damit sollen aktuelle Defekte und strukturelle Probleme des bundesrepublikanischen Modells überhaupt nicht geleugnet werden. Aber der deutsche Osten ist nun einmal eine Region, die besonders harte Jahrzehnte hinter sich hat. Gemessen an seiner schwierigen Vorgeschichte im 20. Jahrhundert, gemessen auch an seinen gegenwärtigen Problemen, kommen die in diesen Monaten hervorbrechenden Sorgen und Ängste des Westens vielen Ostdeutschen zuweilen immer noch wie Luxusprobleme vor: „Solche Probleme hätten wir gern!“ Denn bekanntlich bündelt sich in den Landschaften zwischen Sassnitz und Plauen, Wernigerode und Cottbus sämtliche wirtschaftliche und soziale Not noch weitaus dramatischer als im Westen der Republik.

Zu bestreiten ist ebenfalls nicht, dass der Westen ohne die seit 1990 geschulterte Finanzlast der deutschen Wiedervereinigung heute in vieler Hinsicht günstiger dastünde. Die solidarische Herstellung der deutschen Einheit war

und ist nicht kostenlos zu haben. Der Ruin der DDR hat tiefe Wunden hinterlassen, die nur nach und nach verheilen können: Flächendeckende Deindustrialisierung und hohe strukturelle Erwerbslosigkeit, ökologische Altlasten und vorsintflutliche Infrastruktur, massenhafte Abwanderung und normative Desorientierung – das sind nur einige der Hypothesen dieser Vergangenheit, die den ostdeutschen Bundesländern bis heute schwer zu schaffen machen. Zu ihrer Linderung und Beseitigung haben die Bundesbürger seit 1990 enorme finanzielle Anstrengungen auf sich genommen: vier Prozent ihres Sozialprodukts, jahrein und jahraus. Sie werden diese Belastungen auch noch in den kommenden Jahren solidarisch schultern müssen. Es kann nicht verwundern, dass sich die Begeisterung darüber im Westen gerade angesichts der jetzt gewachsenen eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in engen Grenzen hält.

Das macht die ostwestdeutsche Lage asymmetrischer und schwieriger, als sie es ohnehin längst war. Denn die neuen Nöte, Selbstzweifel und Abstiegsängste, die den – im Vergleich noch immer starken – Westen plagten, bleiben Ostdeutschen verständlicherweise fremd. Sie *müssen* ihnen fremd bleiben, denn es handelt sich um die Sorgen einer jahrzehntelang erfolgreichen Gesellschaft, deren kollektive Erfahrungen

und historische Prägungen die Ostdeutschen ganz einfach nicht teilen. Noch für viele Jahre auf die Hilfe des Westens angewiesen, bleibt dem Osten also, wie es scheint, auf absehbare Zeit gar nichts anderes übrig, als stumm und demütig darauf zu hoffen, dass sich Lage und Laune im Westen bald wieder aufhellen wird – sicherlich nicht die beste Perspektive für ein einträchtiges Verhältnis beider Landesteile.

II.

Aber muss es eigentlich so kommen? Sind Ostdeutsche tatsächlich allein zum Zuschauen und Abwarten verurteilt? Werden sie wirklich in einer „Duldungsstarre“ verharren, wie sie der Erfurter Politikwissenschaftler Alexander Thumfart diagnostiziert? Oder erwächst nicht umgekehrt aus der kaum mehr zu leugnenden Struktur- und Identitätskrise des Westens zugleich auch eine Chance für neue Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland? Könnten nicht gerade angesichts dieser ungewohnten Konstellation ostdeutsche Erfahrungen aus dem schwierigen Umbruchprozess der vergangenen Jahre dem Westen zugute kommen? Zugespitzt gefragt also: Könnte nicht der Westen erstmals von den Erfahrungen des Ostens lernen – gerade jetzt und zu seinem eigenen Nutzen?

Natürlich ist die Vorstellung reichlich ungewohnt. Vom Osten lernen? Ausgerechnet! Was denn wohl, bitte schön? Und wieso überhaupt? Nicht wenigen Westdeutschen wird dieser Gedanke von vornherein abwegig und anmaßend, geradezu größenwahnsinnig vorkommen. Denn kein Zweifel, es bleibt ja richtig: Die deutsche Einheit war ein Ergebnis ökonomischer Überlegenheit des Westens. Nicht zuletzt das tägliche Maßnehmen an der alten Bundesrepublik hatte die Ostdeutschen vor 1989 immer stärker an den Zuständen in der DDR verzweifeln lassen und das Ende der Republik beschleunigt. Und was wohl konnte später Helmut Kohl mit seinem Versprechen „blühender Landschaften“ für Ostdeutschland gemeint haben, wenn nicht die vorgeblich mühelose Angleichung ostdeutscher Lebensverhältnisse an „westdeutschen Standard“? Genau so verstanden die Ostdeutschen den „Kanzler der Einheit“, genau so hatte der sein leichtfertiges Wort zweifellos auch gemeint. Nicht zuletzt die Verbitterung darüber, dass sich die Wirklichkeit in den folgenden Jahren einfach nicht nach Kohls Verkündung richten wollte, trug diesem 1998 seine ruhmlose Abwahl ein.

Aber spätestens bis zu dieser Zeit begriffen die Menschen in Ostdeutschland zugleich auch, dass die Bonner

Republik in Wirklichkeit gar nicht über die ausreichenden Mittel und Ressourcen verfügte, um die neuen Bundesländer zügig und schmerzlos auf „Westniveau“ zu heben. Längst nicht alle Westdeutschen hielten, was sie lautstark und großspurig ankündigt hatten. Allzu oft erwiesen sich auch die in der BRD etablierten Institutionen und Verfahren als viel zu schwerfällig, um den Bedürfnissen einer Gesellschaft im kompletten Umbruch gerecht zu werden: Der Westen war selbst in die Jahre gekommen. Und er war ein bisschen zu bequem geworden, um noch in jeder Hinsicht leuchtendes Vorbild zu sein. Die ostdeutschen Regionen, das zeichnete sich nun immer klarer ab, würden unter äußerst schwierigen Bedingungen ihre eigenen Ziele definieren, ihre eigenen Wege finden müssen. Und sie würden dadurch auf absehbare Zeit ihre eigene Prägung, ihren eigenen Charakter behalten. Die Enttäuschung über das Ausbleiben der „inneren Einheit“ wandelte sich in nüchternen Realismus und eine erste Ahnung davon, dass das westdeutsche Erfolgsmodell an seine Grenzen gestoßen sein könnte.

Das zu erkennen war gerade für Ostdeutsche zunächst überraschend, manchmal schmerzhaft – schließlich aber auch befreiend. Es war ein lehrreicher Erkenntnisprozess, den die Mehr-

heit der Deutschen im Westen unserer Republik vermutlich noch vor sich hat. Äußerst hellichtig bringt Hans-Ulrich Wehler dieses zentrale Problem des Westens auf den Punkt. Die Mentalität der Westdeutschen, so erklärt der angesehene Bielefelder Historiker, sei eine „erfolgsverwöhnte Mentalität“, geprägt von den ökonomischen, sozialen und politischen Erfolgen der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten. „Geht es jetzt, wahrscheinlich unabwendbar, um tiefgreifende Veränderungen, sperrt sich diese Erfolgsmentalität gegen solche Eingriffe, da sie offenbar schmerzhaft sind“, schreibt Wehler. „So verwandelt sich die Selbstsicherheit der Erfolgreichen in eine Bürde, die Umstellung und Innovation verhindert.“

Wehler hat Recht, wie wir in diesen Monaten erleben – und in den vor uns liegenden Jahren sicherlich noch viel intensiver erleben werden. Mentalitäten wandeln sich nun einmal nicht über Nacht. Und natürlich es ist noch weitaus schwieriger, eine über Jahrzehnte selbstgewiss gewordene Gesellschaft von der Notwendigkeit des Aufbruchs zu überzeugen als eine, die – wie die ostdeutsche 1989 – bereits schon einmal einen kompletten Neuanfang machen musste. Zwar wächst seit einiger Zeit auch in der westdeutschen Bevölkerung die Einsicht in die

Notwendigkeit, in Politik, Wirtschaft und Sozialstaat neue Wege einzuschlagen. Doch vorerst bleibt diese Einsicht vielfach noch abstrakt. Gewohnheit und Erfolgsmentalität sind mächtige Gegenkräfte. Die verständliche Neigung, unangenehme Einsichten beiseite zu schieben, wird jedoch zum sehr realen Risiko, wenn es darum geht, unerschrocken und experimentierfreudig nach besseren Lösungen zu suchen.

Genau hier kann der besondere ostdeutsche Beitrag zum jetzt bevorstehenden gesamtdeutschen Reformprozess liegen. Die Ostdeutschen blicken, anders als ihre Landsleute im Westen, nicht zurück auf goldene Jahrzehnte ständig wachsenden Wohlstands. Sie hatten nicht die Gelegenheit, jenes fast überbordende Selbstbewusstsein der Erfolgreichen auszuprägen, das die Westdeutschen bis heute kennzeichnet. Die Ostdeutschen haben ihr Gesellschaftssystem komplett zusammenbrechen sehen. So etwas prägt. Die im Westen verblasste historische Erfahrung, dass buchstäblich alles auch ganz anders kommen kann, hat sich Ostdeutschen tief eingebrannt. Und eben darin liegt heute ihr Vorsprung vor jenen, die so viel Wandel und Umbruch in den letzten Jahrzehnten nicht erlebt haben. Das ermöglicht eine Haltung der Unverkrampftheit, die experimentelle Veränderung und mutige Erneuerung über-

haupt erst möglich macht. Und genau diese Haltung brauchen wir jetzt in Deutschland.

III.

Wer in Ostdeutschland lebt, egal ob als Einheimischer oder Zugereister aus dem Westen, der hat in den Jahren seit 1990 ungeheure Veränderungen aller Lebensumstände zu verarbeiten gehabt. Nur die wenigsten Menschen in Ostdeutschland können von heute aus auf geradlinige Berufswege im vergangenen Jahrzehnt zurückblicken. Kaum jemand hier hat nicht zugleich auch im privaten Leben schwere Krisen und heftige Brüche erlebt. „Wendestress“ ist der Zustand treffend genannt worden, in dem sich Ostdeutsche über Jahre hinweg permanent befanden. Inzwischen aber sind die weitaus meisten im Alltag der neuen Bundesrepublik angekommen. Noch immer ist klar, woher man kommt, aber nur noch eine geringe Minderheit der Ostdeutschen sehnt sich heute noch zurück in irgendeine nostalgisch verklärte Vergangenheit. Zugleich ist in Ostdeutschland inzwischen eine junge Generation herangewachsen, die mit der Zeit vor 1989 höchstens noch vage Kindheitserinnerungen verbindet – und zuweilen nicht einmal mehr das.

Die Zeit läuft weiter. Vor mehr als 13 Jahren, als die morsche DDR unter dem

entschlossenen Protest ihrer Bürger zusammenbrach, waren viele der Erstwähler der jüngsten Bundestagswahl noch nicht einmal eingeschult. „Wir sind die ersten Wessis aus Ostdeutschland, und an Sprache, Verhalten und Aussehen ist unsere Herkunft nicht mehr zu erkennen“, schreibt die 1976 geborene Leipziger Autorin Jana Hensel in ihrem Erfolgsbuch *Zonenkinder*. Ihre Generation trauert nicht mehr um das verklärte Vergangene, sie ergreift energisch und pragmatisch ihre Chancen in der Gegenwart. Aber auch für die meisten Älteren ist das Leben in der neuen Republik längst nicht mehr fremd oder gar bedrohlich. Sie sind Ostdeutsche mit Westmentalität. Das war kein leichter Weg, doch die Fremdheit des Anfangs, die Unsicherheit der frühen Jahre – das alles liegt heute hinter ihnen. Die Nachwendezeit ist ein für allemal zu Ende.

Inzwischen wissen immer mehr Ostdeutsche, dass sie mithalten können. Und paradoxerweise sind es gerade die Erfahrungen und Lehren der Jahre des fortwährenden Umbruchs, die dabei ihr kostbarstes Vermögen darstellen. Der Wert dieses Vermögens für die Zukunft der gesamten Republik lässt sich kaum überschätzen – wir müssen es allerdings intelligent nutzen. Zu improvisieren, findig zu sein, zusammenzuarbeiten, gemeinsam irgendwie

das Beste aus schwierigen Verhältnissen zu machen – das alles lernten Ostdeutsche notgedrungen bereits in der DDR sehr gründlich. Doch noch viel wichtiger waren die Jahre danach. Seit 1989 haben die Bürger Ostdeutschlands – und zwar Eingeborene wie Zugereiste gleichermaßen – lernen müssen, flexibel mit schnellem und umfassendem Wandel zurechtzukommen. Sie mussten lernen, dass Veränderung der Normalfall ist, Stillstand die Ausnahme. Sie mussten lernen, unerwartete Rückschläge einzustecken und sich trotzdem wieder aufzurappeln. Sie mussten lernen, dass sich die meisten Problemlösungen als vorläufig erweisen, weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.

Aber das Jahr 1989 markierte bei Licht besehen nicht nur den Untergang der DDR. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten kam zwangsläufig auch die alte Bundesrepublik an ihr Ende. Zu viele Westdeutsche haben sich das zu lange nicht wirklich klargemacht. Erst angesichts der aktuellen Krisenstimmung entdecken sie heute erschrocken das Ausmaß des jahrelang aufgeschobenen Reformbedarfs in ihrem eigenen Gemeinwesen. Umso mehr aber käme es jetzt darauf an, die ostdeutschen Erfahrungen bei der Anpassung westdeutscher Strukturen an eine Gesellschaft im Umbruch pro-

duktiv in gesellschaftliche Reformprozesse in der ganzen Republik einzubeziehen. Dabei geht es schon längst nicht mehr um rückwärts gewandte „Ostalgie“, um vermeintlich bewahrenswerte Details der DDR, um irgendwelche Ampelmännchen oder grüne Pfeile. Es geht um nicht weniger als um die zeitgemäße Gestaltung von Gegenwart und Zukunft dieser Republik.

Blickt man auf die gesellschaftspolitische Wirklichkeit in Deutschland, dann zeigt sich sehr schnell, wie sehr ostdeutsche Einstellungen und konkrete Erfahrungen auf einzelnen Gebieten bereits heute den sozialen und kulturellen Wandel der gesamten Republik prägen. Die Veränderung des Familienbildes ist dafür ein gutes Beispiel. In der DDR war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf selbstverständlich und unverzichtbar. Voraussetzung dafür war allerdings ein dichtes Netz staatlich garantierter Kinderbetreuung. Im alten Westen kannte man vor 1989 nichts Vergleichbares. Heute hingegen besteht überall in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren, inzwischen investiert die Bundesregierung Milliarden in den Aufbau neuer Ganztagschulen. Ostdeutschen ist in der Regel nicht einmal bewusst, wie gründlich ihr gesellschaftliches Leitbild der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

innerhalb weniger Jahre auch in den Westen ausgestrahlt hat. Und weder Ost- noch Westdeutsche führen sich vor Augen, dass es zu diesem kulturellen Umbruch im Westen ohne Impuls und Druck aus dem Osten in so kurzer Zeit schwerlich gekommen wäre. Doch kein Zweifel, genau das ist geschehen: Die Modernisierung des Familienbildes in ganz Deutschland ging nicht zuletzt vom Osten aus.

Auch im Hinblick auf die gesellschaftliche Bewältigung des demografischen Wandels erweist sich der Osten – wenn auch gewiss wider Willen – als Vorreiter. In vielen Regionen Ostdeutschlands verändert die anhaltende Abwanderung in dramatischer Weise das Zusammenleben. Städte, Dörfer, Betriebe, Schulen – buchstäblich alles schrumpft. Das zwingt die Politik bereits heute zu Maßnahmen, mit denen sich Westdeutschland im Gefolge des demografischen Umbruchs der kommenden Jahrzehnte ebenfalls wird auseinandersetzen müssen. Schon jetzt werden im Osten wichtige Erfahrungen damit gewonnen, wie etwa angesichts drastisch zurückgehender Einwohnerzahlen die Verslumung ganzer Stadtteile verhindert, ja sogar die Lebensqualität dort gesteigert werden kann. Politik in Ostdeutschland bedeutet heute, Lösungen für Gemeinwesen zu verwirkli-

chen, die schon in wenigen Jahren sozial und demografisch dramatisch anders zusammengesetzt sein werden. Im Osten hat die Strukturanpassung längst begonnen, dem Westen steht sie unweigerlich bevor.

IV.

Aber es sind eben beileibe nicht nur ganz praktische Erfahrungsbestände auf einzelnen Politikfeldern, die der Osten dem Westen anzubieten hat. Es geht um mehr. Was viele Ostdeutsche als aufmerksame Neuankömmlinge heute zu einer fruchtbaren gesamtdeutschen Reformdebatte beitragen könnten, das ist vor allem ihr in der täglichen Auseinandersetzung geschärfter Blick auf die Probleme und Unzulänglichkeiten der gesamtdeutschen Wirklichkeit in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Den neu geschaffenen Strukturen stehen Ostdeutsche pragmatisch gegenüber, ihre Liebe gilt nicht den Institutionen an sich, sondern allenfalls deren Nutzen. Dazu bewirkte der Elitenumbruch im Osten eine gewisse Traditionslosigkeit der Politik, die hier weniger als im Westen in etablierten Netzwerken von Verhandlungspartnern festgezurrert ist. Dies alles befördert Modernisierungsprozesse. Ostdeutsche stellen schneller zur Disposition, was ihren westdeutsche Landsleuten noch allzu

selbstverständlich, allzu unhinterfragbar vorkommt.

Doch ein ostwestdeutsches Gespräch unter Gleichberechtigten führt unsere Gesellschaft noch immer viel zu wenig. In den großen gesellschaftlichen Debatten der vereinigten Republik bleiben die Westdeutschen bis heute weitgehend unter sich. Ostdeutsche haben sich in den vergangenen Jahren nur selten und zögerlich eingemischt. Das ist verständlich. Der feuilletonistische Streit um Martin Walsers Nationalgefühl ist nun einmal nicht ihr dringlichstes Thema, auch nicht der Disput um die geschichtspolitische Bedeutung des Jahres 1968. Wenn Ostdeutsche überhaupt öffentlich ihre Stimme erhoben haben, dann in der Regel als fordernde Interessenvertreter in eigener, also im engen Sinne ostdeutscher Sache. Was den spät hinzugekommenen Ostdeutschen bislang oft fehlte, waren die Bereitschaft, das Interesse und das Selbstbewusstsein, sich als gleichberechtigte Teilnehmer in die Diskussionen zur Zukunft der *gesamten* deutschen Republik einzumischen – das übrigens auch deshalb, weil ostdeutsche Kritiker eingübter westdeutscher Verhältnisse in der Vergangenheit schnell in den Verdacht der Undankbarkeit gerieten.

Niemand kann wollen, dass es dabei bleibt. Heute muss sich der Westen in

kritischer wirtschaftlicher Lage dringend selbst ändern und merkt, wie schwer ihm das fällt. Objektiv wachsen damit die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West, was wiederum das Fundament für ein neuartiges, erwachsenes, nicht bloß auf ostdeutsches Nach- und Aufholen fixiertes Verhältnis zwischen den beiden Landesteilen sein könnte. Allerdings werden die besonderen Erfahrungen und die „Umbruchkompetenz“ der Ostdeutschen dem bevorstehenden Modernisierungsprozess in Deutschland nur in dem Maße zugute kommen, wie Ost und West die Herausforderung der Krise auch als *gemeinsame* Sache begreifen. Während die Ostdeutschen lernen müssen, aus aufgeklärtem Interesse am Gelingen des gemeinsamen Ganzen laut und vernehmlich die eigene Stimme zu erheben, sollte auf westdeutscher Seite unbedingt die Bereitschaft wachsen, ostdeutsche Transformations- und Krisenerfahrungen auf ihre Relevanz für die Erneuerung der gemeinsamen Republik abzuklopfen. Profitieren würden beide Seiten – und dabei entdecken, wie ähnlich sie in vieler Hinsicht eben doch sind.

Lernen sollten wir dabei auch aus den Fehlern, die beim Aufbau Ost gemacht worden sind. Verunsicherte Menschen, die sich vor dem Verlust ihrer Wurzeln, ihrer Identität und Hei-

mat fürchten, sind für Zumutungen nicht zu gewinnen. Erneuerung mag noch so notwendig sein – gelingen wird sie immer nur dort, wo sie auch diejenigen mitnimmt, die sich vor dem Wandel fürchten und am liebsten alles so belassen würden, wie es ist – oder wie es angeblich einmal war. Erfolgreiche Reformpolitik in schwierigen Zeiten ist deshalb immer auch eine Frage eines realistischen Menschenbildes. Die Mühsal des Wandels muss das glaubwürdige Versprechen einer lebenswerten Zukunft enthalten. Sonst läuft jeder Aufruf zu „Aufbruch“ oder „Ruck“ ins Leere, weil er den Menschen Angst und Schrecken einjagt, wo Mut und Hoffnung nötig wären.

Und dennoch: Von der Fähigkeit, neue Probleme zu erkennen, strukturelle Fehlentwicklungen auch gegen Widerstände unerschrocken zu bekämpfen, werden in den kommenden Jahren Legitimität und Erfolg demokratischer Politik in Deutschland abhängen. Das ist nicht bloß eine theoretische Erkenntnis ohne praktischen Wert. Im Land Brandenburg etwa wird sich in den kommenden Monaten und Jahren sehr konkret zeigen, ob wir politisch im Stande sind, die Menschen von den notwendigen Veränderungen für die Zukunft unseres Gemeinwesens zu überzeugen. Auch dieses Bundesland hat trotz der

bereits hinter sich gebrachten Umwälzungen noch eine Menge an schmerzhaften Einschnitten vor sich. Denn sonst bestünde die reale Gefahr, dass Brandenburg im Sandwich zwischen zu hohen Ausgaben, steigenden Zinslasten und schwindenden Steuereinnahmen seine staatliche Eigenständigkeit einbüßen könnte.

Zugleich kämpft Brandenburg in besonders hohem Maß mit einer zusätzlichen schweren Bürden. Die schrumpfenden Städte und die grassierende Landflucht, die widrigen wirtschaftliche Verhältnisse und die drohende Überalterung der Bevölkerung: Für diese massiven strukturellen Probleme lassen sich eben nicht im Wege des *benchmarking* irgendwo anders fertige Lösungen abgucken – ganz einfach deshalb nicht, weil diese Herausforderungen bislang noch nirgendwo befriedigend gelöst wurden. Wir sind tatsächlich Pioniere in beispielloser Konstellation. Ob sich das Land Brandenburg angesichts dieser neuartigen Verhältnisse behauptet – das wird deshalb ein wichtiger Testfall für die Richtigkeit der These vom Erfahrungsvorsprung Ost sein. Vor Ostdeutschland liegen weitere schwere Jahre des Um- und Rückbaus. Wir werden unsere geballte „Umbruchkompetenz“ aktivieren müssen, um sie erfolgreich zu bewältigen. Und nur wenn uns das gelingt, wird

sich die Krise am Ende tatsächlich als Chance erwiesen haben.

Es ist klar: Die Formulierung von der „Krise als Chance“ wird in schwierigen Zeiten immer wieder gern hervorgekramt. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um nicht viel mehr als eine gut gemeinte Durchhalteparole, um das sprichwörtliche Pfeifen im Walde. Und tatsächlich können wir auch im Hinblick auf die unvollendete „innere Einheit“ der Deutschen keinesfalls sicher sein, dass ausgerechnet besonders schwierige Situationen größeren gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorbringen werden. Mindestens ebenso wahrscheinlich im Fall großer Belastungen ist der Zerfall der Gesellschaft in Subgruppen, die miteinander heftig um knappe Ressourcen konkurrieren. Gerade weil diese Entwicklung auf keinen Fall eintreten darf, hängt viel davon ab, ob Osten und Westen in Deutschland begreifen, dass sie in der Tat in einem einzigen gemeinsamen Boot sitzen. Diese Erkenntnis wird

umso leichter fallen, je klarer für alle Beteiligten erkennbar wird, dass die Ostdeutschen im Prozess der Modernisierung unserer Republik weit mehr sein können als Kostgänger und Nachahmer des Westens.

Die Ostdeutschen als Avantgarde – so hat der Berliner Soziologe Wolfgang Engler sehr pointiert sein jüngstes Buch betitelt. Ein großes Wort vielleicht, aber es weist in die richtige Richtung. Denn es bedeutet ja nicht nur, dass Ostdeutsche ihren westdeutschen Landsleuten wichtige Erfahrungen voraus haben, die auf den Westen erst noch zukommen. Es bedeutet aus der Nähe betrachtet zugleich eine Selbstverpflichtung: Avantgarde kann eben nur sein, wer die eigenen Angelegenheiten so gut und erfolgreich regelt, dass darin Vorbild und Ansporn auch für andere liegen. Eben diesen Maßstab müssen Ostdeutsche auch für sich gelten lassen. Dann wird es künftig immer mehr auf sie ankommen – in dieser Republik und für diese Republik.

Matthias Platzeck,

Ministerpräsident des Landes Brandenburg und
Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Brandenburg

Ostdeutschland – ein Zukunftsprojekt der „Berliner Republik“?

von Rolf Reifsig

Welchen Platz wird Ostdeutschland künftig in der Berliner Republik einnehmen, welche Rolle darin spielen? In einer sowohl für die Berliner Republik als auch

für Ostdeutschland typischen „Scheidewegssituation“ sind verschiedene Szenarien denkbar. Notwendig wäre deshalb, darüber eine offene Debatte zu führen.

Ende der Nachwendezeit – Anfang eines neuen Wandlungsprozesses

Die neue Situation, Ostdeutschland in der Berliner Republik, wird m. E. zunächst durch vier Charakteristika gekennzeichnet. Erstens: Ostdeutschland heute – das ist das Ende des Systemwechsels, der Nachwendezeit und ihrer unmittelbaren Folgen. Die positiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in Ostdeutschland gegenüber der Ausgangslage sind unübersehbar. Andererseits ist das Problem Ostdeutschland heute als das einer blockierten Entwicklung zu definieren. Das Paradoxe der Situation besteht gerade darin, das an diesem Ende der Nachwendezeit die ostdeutschen Bundesländer am Anfang eines neuen Wandlungsprozesses stehen. Die Dynamik dieses neuen Wandlungsprozesses ergibt sich nicht mehr primär aus den Systembrüchen des

Realsozialismus und den Vereinigungsprozessen, sondern aus den Blockierungen und Konflikten des entstandenen ostdeutschen Transformationstyps sowie dem globalen, europäischen und nationalen Veränderungsdruck, den die Bundesrepublik insgesamt ausgesetzt ist. Im Unterschied zur klassischen postsozialistischen Transformationsphase ist dieser Wandlungsprozess offensichtlich längerfristig und in seinem Ausgang eher offen. Zweitens: Das vereinigte Deutschland ist keine vergrößerte alte Bundesrepublik geworden, sondern ein Verbund alter und neuer Länder, wodurch die Berliner Republik eine neue Qualität und Pluralität erlangt. Die neuen Bundesländer sind einerseits institutionell fest in die staatlich-politische Ordnung der Bundesrepublik integriert und doch bilden

sie andererseits noch einen spezifischen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturraum innerhalb der gesamtdeutschen Bundesrepublik. Drittens: Die Ostdeutschen haben sich individuell inzwischen auf die neuen Verhältnisse der Bundesrepublik und der Nachwendezeit eingestellt; abwägend, mit gesellschaftlicher Distanz und neuem Selbstbewusstsein. Sie haben eine eigene, widerspruchsvolle Identität, relativ stabile politische Orientierungen und einen spezifischen gesellschaftlichen Wertehaushalt ausgeprägt. Als mehrheitliche „pragmatische Realisten“ mit geringen Parteiloyalitäten (nur rd. 30 Prozent fühlen sich einer Partei verbunden) neigen sie heute weder zu Protestverhalten noch zu Aufbruchstimmung, sondern suchen immer wieder nach einer glaubwürdigen und kompetenten Vertretung ihrer spezifischen Interessen in der Bundesrepublik. Viertens: Der Strukturbruch, der ob der Reformverweigerung West nach 1990 lange Zeit nur auf den Osten beschränkt blieb, hat mittlerweile die gesamte Bundesrepublik erfasst. Das „alte“, erfolgreiche „Modell Deutschland“

unterliegt einem wachsenden Problem- und Wandlungsdruck. Wandel wird nun in Ost und West der Berliner Republik zur Normalität, Stillstand zur Ausnahme. Der Osten nimmt dabei einen neuen, gewichtigeren Platz ein. Die direkten Rückwirkungen der Transformation Ost auf die gesamtdeutsche Bundesrepublik waren lange Zeit marginal. Die transformationsbedingten „Lösungsmuster“ ohne größere Relevanz für die anstehenden Veränderungen im Westen. Das könnte sich in der jetzigen Phase sozialer und politischer Wandlungen in der gesamtdeutschen Bundesrepublik ändern. Ziel und Richtung dieses Wandels und Umbaus der Bonner zur Berliner Republik sind umstritten. Neoliberale und sozialstaatliche Konzepte und Wertorientierungen konkurrieren miteinander und die Auseinandersetzungen in den Parteien um ihre Neuaustarierung ist in vollem Gange.

Für diesen neuen Abschnitt ostdeutscher Entwicklung im Wandel der Bundesrepublik ist gegenwärtig bei keinem Akteur eine tragfähige Leitidee, ein praktikables strategisches Konzept erkennbar.

Perspektivenwechsel und neues Leitbild

Die Diskussion um die Zukunft des Ostens verlangt einen Perspektiven-

wechsel und ein neues Leitbild. Natürlich ist ein wirtschaftlicher Aufschwung

für die Zukunft Ostdeutschlands unverzichtbar. Die Leitfrage kann aber nicht mehr länger sein, wann endlich holt der Osten recht oder schlecht den Westen ein, wann endlich ist die Angleichung und kulturell-mentale Anpassung Ost an West vollzogen. Das bislang dominierende Aufholjagd- und Anpassungsszenario, das nie das anvisierte Ziel erreicht, lähmt auf Dauer die Kräfte. Eben so wie das dem entgegen gesetzte Niedergangsszenario. Beide führen letztlich zu Resignation und Depression. Immer neue Verheißungen – von den „blühenden Landschaften“ über „Chef-sache Ost“ zur alsbaldigen „Vollendung der inneren Einheit“ – schaffen in Ostdeutschland nicht Zuversicht, sondern letztlich neue Enttäuschungen und vertiefen damit die vorhandene Distanz der Bürger gegenüber der Politik und den Politikern. Es geht vielmehr um einen realistischen Zukunftsentwurf, der den Ostdeutschen eine sinnvolle Lebensperspektive eröffnet.

Wo liegen die Alternativen? Zurück zum alten Industrialisierungs- und Beschäftigungsgrad von vor 1989? Oder Ausstieg aus der traditionellen Arbeitsgesellschaft bei Sicherung eines Bürgergeldes für alle? Entwicklung zur Tourismusregion und zum „Rückzugsgebiet“ für westdeutsche Eliten und Manager im Ruhestand? Oder vielleicht doch bald ein postmodernes Ostdeutschland?

Ein Zurück zum alten Industrialisierungs- und Beschäftigungsgrad ist weder möglich noch wünschenswert. Aber auch der Sprung in die Postmoderne ist für Ostdeutschland gegenwärtig nicht möglich. Der Osten ist heute ungewollt Vorreiter dynamisch schrumpfender Entwicklung in Gesamtdeutschland (Deindustrialisierung, massenhafte Freisetzung und Unterbeschäftigung, demografischer Wandel, Abwanderung). Die Verlängerung dieser Gegenwart als Zukunftsprojekt Ost scheint jedoch wenig attraktiv. Die ostdeutsche Großregion wie auch ihre Teilregionen brauchen ein eigenes, ihren Besonderheiten und Stärken entsprechendes Profil nachhaltiger Entwicklung in der Bundesrepublik. Hier sind neue Lektorientierungen gefragt. Die Ostdeutschen selbst verbinden „Zukunft“ heute mit selbsttragender Entwicklung statt Transfer und Alimentierung auf Dauer; mit ausreichenden Ausbildungs-, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, sozialer Gerechtigkeit als Verteilungs- und Gesellschaftsprinzip, gesellschaftlicher Anerkennung. Ein realistisches Zukunftskonzept für die Region Ost sollte an diesen Erwartungen der ostdeutschen Bürger anknüpfen und gangbare Wege aufzeigen, wie eine solche Zukunft schrittweise in der Berliner Republik möglich werden kann.

Ein neues Nachdenken über den künftigen Platz Ostdeutschlands und seiner Regionen bedingt deshalb zugleich auch ein neues Leitbild. Bislang wurde dieses durch den Sonderstatus der neuen Bundesländer als „Beitrittsgebiet“ bestimmt. Vergangenheit – Erfolgsgeschichte Bundesrepublik „alt“ – wurde als Zukunft Ost interpretiert. Die Vorteile des privilegierten deutschen Transformationsfalls haben sich inzwischen aber aufgebraucht, teilweise auch in Nachteile verwandelt. Der Aufbau Ost als Nachbau West ist seit längerem an seine Grenzen gestoßen und kein tragfähiges Leitbild mehr. Die Alternative dazu ist ein neues Leitbild als offener Such- und Lernprozess, in dem an bestimmte Standortvorteile Ostdeutschlands angeknüpft wird. Ostdeutschland und Zukunft müssen dabei neu zusammen

geführt werden. Dieses Leitbild wird sich zugleich an der EU-Erweiterung orientieren müssen. Denn Ostdeutschlands Platz verändert sich – von der Peripherie des Westens hin zur Mitte des neu zu gestaltenden Europas. Ostdeutschland als „Verbindungsregion“, als „Brückenfunktion“ in der Mitte Europas zwischen West und Ost? Realistisch ist das nur, wenn die zumindest mittelfristig mit der EU-Osterweiterung entstehenden Standortvorteile Ostdeutschlands zielgerichtet genutzt werden. Das erfordert schon heute, den grenzübergreifenden Aufbau von Wirtschaftsstrukturen anzustreben. Ein solches Leitbild führt nicht weg vom Einheitsprojekt, sondern begründet es neu, gibt ihm unter dem Label „Einheit in der Verschiedenheit der Regionen“ einen zeitgemäßen Inhalt.

Endogene und exogene Wandlungs- und Modernisierungskonzepte

In der heutigen Scheidewegssituation bleibt für den Osten freilich erst einmal die entscheidende Frage, den Weg von einer immer noch strukturschwachen Region hin zu einer sich eigenständig entwickelnden, zukunftsfähigen Region in Deutschland und Europa konsequent zu beschreiten. Die Frage, ob bereits die Hälfte der Wegstrecke

zurück gelegt sei oder nicht, ist dabei sekundär gegenüber der notwendigen Antwort: ein neuer, innovativer Entwicklungsschub ist erforderlich. Mit dem offiziellen „Weiter so“ – lediglich mit erweiterter Zeitdimension – ist es deshalb nicht mehr getan. Ein Königsweg ist dabei nicht in Sicht, ein Masterplan nicht vorhanden und nicht

realisierbar. Vielmehr geht es um neue Ideen und konzeptionelle Ansätze, um die Optimierung alter und die Inangriffnahme neuer Förderinstrumente.

In diesem Entwicklungsabschnitt kann eine innovative Entwicklung nur aus der Region heraus und nicht allein aus der Region heraus erfolgen. Ohne Solidarpakt II, ohne Ansiedlungsstrategien, ohne gesamtdeutsche Struktur-, Reform- und kooperative Regionalpolitik kann der Osten die Herausforderungen nicht meistern. Doch auch hier steht er vor einer neuen Situation. Entscheidend in der jetzigen Phase ist vor allem eine Politik, die auf Förderung und Entwicklung der eigenen, der endogenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturel-

len Potenziale, auf Zukunftsfelder und –projekte statt fragwürdiger Prestigeobjekte, auf spezifische Standortvorteile Ost im Wettbewerb der Regionen setzt. Eine selbsttragende Entwicklung Ostdeutschlands verlangt deshalb die Reaktivierung des vorhandenen Sozialkapitals (Wissen, Qualifikation, Kreativität der Menschen) sowie die Mobilisierung ausreichenden öffentlichen und vor allem privaten Kapitals. Ohne Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung und ohne neue Unternehmen mit neuen Produkten für neue Märkte ist dieser innovative Entwicklungsschub nicht zu erzielen. Das schließt eine grundlegende Reform der Wirtschaftsförderung ein.

Regionale Konzepte

In den nächsten Jahren wird sich in Ostdeutschland die Regionalentwicklung weiter ausdifferenzieren: Ballungszentren und deren Umfeld sowie die weit entfernt liegenden Regionen, Wachstums- und abgehängte bzw. entleerte Regionen sind schon jetzt deutlich zu erkennen. Wie soll die Politik darauf reagieren? Konzentration auf die Wachstumspole in der Hoffnung auf genügend Synergieeffekte oder weitere Präferenz von Ausgleichskonzepten? Der Diskurs neigt sich inzwischen zu

Ersterem. Vielleicht aber muss sich eine parallele Orientierung auf Wachstumspole und auf Peripherien, die einen spezifischen Part („funktionale Peripherie“) in einer sich entwickelnden Gesamtregion (Bundesland) spielen, dann auch gar nicht mehr widersprechen. Erforderlich werden auf jeden Fall eigene regionale Entwicklungskonzepte und -projekte, die den jeweiligen Besonderheiten, vorhandenen Stärken und Profilen der einzelnen Regionen entsprechen und regionale Entwick-

lungspfade erschließen. Das geht nur über regionale Netzwerke, über eine grundlegende Verwaltungsreform, u. a. zur weitreichenden Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse, der Budgets und materiellen Fonds sowie über neue regionalpolitische Instrumente

und Formen öffentlicher Förderung. Wie sich bereits jetzt zeigt, bedürfen regionale Netzwerke aber der überregionalen Ausrichtung, Kompetenz und Vernetzung, um der gerade in Ostdeutschland nahe liegenden Gefahr regionaler „Fallen“ zu entgehen.

Der Osten und die Reformdebatte und -politik in der Berliner Republik

Die neue Phase der Transformation im Osten ist auf jeden Fall ohne Wandel in der gesamten Berliner Republik nicht mehr denkbar. Unumgänglich sind mehr denn je gesamtdeutsche Reformen: Eine Reform des Systems der staatlichen Regulierung, die Initiative und Gemeinwohl neu miteinander verbindet. Eine Reform der föderalen Ordnung, die die Kompetenzen der Länder und Kommunen stärkt. Eine Reform des Arbeitsmarktes, die wieder Ausbildung und Beschäftigung für alle ermöglicht. Eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die das Sozialstaatsmodell neu justiert, aber nicht über Bord wirft. Notwendig ist deshalb ein gemeinsames neues Ziel, das auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Instrumenten erreicht wird. Wenn der notwendige strukturelle und politische Wandel also die Berliner Republik als Ganzes erfasst, fällt Ostdeutschland und den Ostdeut-

schen darin eine Schlüsselrolle zu. Das kann bedeuten: Ostdeutschland als Experimentierfeld für neoliberale „Flexibilisierung“ oder Ostdeutschland als Ort eines neuen Suchprozesses, wie dieser Strukturwandel trotz tiefer Einschnitte sozial und demokratisch gestaltet werden kann. Ostdeutschland bietet Ansatzpunkte für beides.

Ostdeutsche Akteure werden in der Bundesrepublik nur noch Gehör finden, wenn sie ihre Themen – selbsttragende und nachhaltige Entwicklung, Arbeit, Gerechtigkeit, Anerkennung – künftig als Reform- und Zukunftsthemen der gesamten Bundesrepublik formulieren und selbst nachdrücklich in die gesamtdeutschen Auseinandersetzungen und Verhandlungen einbringen. Sie werden dann auch immer weniger als Bittsteller oder Mahner, sondern als Reformeure und kritische Modernisierer der gesamtdeutschen Bundesrepublik fungieren und wahr-

genommen. Das würde zugleich das gesamtdeutsche Reformpotenzial stärken, noch dazu wenn sie in der bundesdeutschen Öffentlichkeit mit intelligenten Beiträgen und Alternativen zu den gesamtdeutschen und europäischen Reformthemen präsent(er) werden. Gerade aus den ostdeutschen Bundesländern heraus besteht die Chance, neue gesellschaftliche und institutionelle Ost-West-Akteurskoalitionen zu schmieden, die weder in den Strukturen und Denkstilen der alten Bundesrepublik noch der unmittelbaren Nachwendzeit Ost verhaftet sind. Wenn Strukturveränderungen in Ostdeutschland von solchen neuen Allianzen als nachhaltige gesellschaftliche Reformprozesse initiiert würden, hätte das auch für den Wandlungsprozess in der Berliner Republik insgesamt Lerneffekte. Zum Beispiel bei der Erprobung neuer, pluraler Arbeits- und Tätigkeitsmodelle; bei der Länderneugliederung (Berlin-Brandenburg!); beim grundlegenden Umbau der Verwaltung; bei der Förderung regionaler Mobilität und wirtschaftlicher Kreisläufe oder auch bei der Entwicklung eines neuen Politikstils der Wahrhaftigkeit, der Transparenz und des gesellschaftlichen Dialogs.

Genau genommen haben die Ostdeutschen für diesen gesamtdeutschen Wandlungsprozess einen gewissen

Erfahrungsvorsprung. Nur sie verfügen über Erfahrungen aus zwei Systemen und einem einmaligen radikalen Strukturumbau. Ihr Gefühl für Brüche und gesellschaftlichen Veränderungsbedarf verbindet sich mit einem sozialen und demokratischen Wertehaushalt. Letzteres schlägt sich in einer besonderen Präferenz der Werte Arbeit, Gleichheit, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit und in einem spezifischen Verhältnis zu Reichtum und Armut, zu Staatsregulierung und Markt und nicht zuletzt zu Krieg und Frieden nieder. Diese vorwiegend „traditionelle“ Verfasstheit, bislang meist als fragwürdige „Abweichung“ thematisiert, kann sich in der neuen Entwicklungsetappe durchaus noch als ein „Kulturvorteil“ erweisen. Zum Beispiel beim neuen Nachdenken in der Berliner Republik über Freiheit und Gleichheit, individuelle Leistung und soziale Gerechtigkeit, Macht und demokratische Kontrolle, Politik und Transparenz.

Entgegen weit verbreiteten konservativen und linken Auffassungen ist der Osten also auch nach zwölf Jahren Transformation kein Auslaufprojekt in der Berliner Republik. Im Gegenteil. Die entscheidende Frage ist, ob es im anstehenden gesamtdeutschen Wandlungsprozess wirklich ein Reform- und Zukunftsprojekt wird. Das freilich ist noch nicht entschieden und hängt

wesentlich von der künftigen kulturellen Hegemonie in der Berliner Republik ab. Es geht beim Nachdenken über den Osten in der Berliner Republik nicht um eine Politik Ost versus West, auch nicht um einen strategischen ostdeutschen Sonderweg. Ost und West sind gerade in der Berliner Republik auf neue, widerspruchsvolle Weise miteinander verbunden und deshalb auf neue Art zusammen zu denken und zusammen zu führen. Die Politik hat darauf bis heute noch keine befriedigende Antwort gefunden. Wo ist der konzeptionelle Ansatz, wo der „Wurf“, der das ganze Land, die gemeinsame Republik wirklich nach vorn bringt?

Für diese Herausforderung zur langfristigen Gestaltung des sozialen Wandels in der Berliner Republik bieten die bisherigen Erfahrungen des Struktur-

wandels im Osten auch manches intellektuelle Anregungspotenzial. Die lange Zeit verkürzte Diskursperspektive – Analyse der Strukturbrüche im Osten ohne Thematisierung ihrer Folgen für die normativen und faktischen Prämissen und Institutionen des Westens – läuft gegenwärtig Gefahr, dass sie nur mit umgekehrten Vorzeichen fortgeschrieben wird: sozialer Wandel nun als Zukunftsthema des „Westens“ bei gleichzeitiger Marginalisierung oder Ausblendung des „Ostens“. Angesichts der gemeinsamen, gesamtdeutschen Erfahrungen seit 1990 sollte sich diese Sicht jedoch von selbst ausschließen. Der Diskurs von der „alten“ zur „neuen“ Bundesrepublik, von der Bonner zur Berliner Republik sollte nicht erneut mit einer beträchtlichen Schiefelage beginnen.

Prof. Dr. Rolf Reißig

Sozial- und Politikwissenschaftler,

Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.),

jüngste Buchpublikationen: Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft.

Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und

der deutschen Vereinigung, Berlin 2000, 160 S.; „Dialog durch die Mauer.

Die umstrittene Annäherung von SPD und SED“. Mit einem Nachwort von Erhard Eppler.

Campus Frankfurt a. M./New York 2002, 449 S.

Wertewandel aus dem Osten?

Zur kulturellen Debatte über die Zukunft der Berliner Republik

von Klaus-Jürgen Scherer

„Es gibt schlimmere Probleme im Land. Ostdeutsche werden noch mindestens eine Generation Ostdeutsche bleiben. Und immer ein wenig anders ticken.“

(Annett Gröschner)

1. Zur Einführung: Ostkultur als Projektionsfläche

In den letzten 13 Jahren wurde Ostdeutschland auf der Ebene der oberflächlichen Wahrnehmung häufig verbunden mit traditionelleren und unmoderneeren Werten, die zu tun hätten mit der staatssozialistischen Sozialisation und mit der Gleichheit der „arbeiterlichen Gesellschaft“ der DDR. Dem stand das Bild des „Besser-Wessi“ mit eher individualistischen und marktwirtschaftlichen Orientierungen an Aufstieg, Geld und Konsum gegenüber. Natürlich war dieser Gegensatz vom jammernden Kollektiv-Ossi und arrogant-egoistischen Ellenbogen-Wessi immer eine Karikatur. Doch blieb stets unbestritten, dass kulturelle Ost-West-Differenzen fortbestanden. Anders als zunächst prognostiziert, verstärkten sie sich bei den Jüngeren sogar, obwohl

diese die DDR nur noch als Kinder kennengelernt hatten.

Auf die Frage nach der zukünftigen Werteentwicklung in ganz Deutschland bot der geheimnisvolle Osten vielfach eine Folie für Projektionen. Nehmen wir zwei Beispiele aus den letzten Monaten:

Auf der einen Seite forderte Arnulf Baring² einen Volksaufstand nach dem Vorbild der Leipziger Landsleute gegen die angeblich bürokratische, „drohenhafte Herrschaftskaste“ der Politiker. Die von ihm gewählte Formulierung: „Deutschland ist auf dem Weg in eine westliche ‚DDR-light‘“, Von „Entartung“, von „stetem Niedergang“ sowie von „chronisch krank“ ist die Rede. Ein solches Ende wie der DDR drohe nun unter Schröder der Bundesrepublik. „Wir dürfen nicht zulassen, dass alles weiter

1 Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin 1999, S. 173ff.

2 FAZ 19. November 02, S.33.

bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen“ – ein aus der antideokratischen Tradition eines Großteils der deutschen Intelligenz bekanntes Argumentationsmuster.

Auf der anderen Seite erinnern wir uns, dass Ende Januar 2003 der US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Deutschland und Frankreich zu Problemnationen erklärte. Er fügte hinzu, sie repräsentierten das „alte Europa“, während das neue seine Gravitation doch längst im Osten des Kontinents habe. Sicher ging es hierbei um die Einteilung der Welt aus imperialer Sicht: sind sie für uns oder gegen uns.³ Es könnte aber auch mehr hinter Rumsfelds Sätzen stecken, etwa die These von der wirtschaftlichen und mentalen „Amerikanisierung“ der ehemals kommunistischen Länder Osteu-

ropas. Davon war auch schon für die neuen Bundesländer – von der geringeren Parteienbindung über die weniger verrechtlichten Arbeitsbeziehungen bis zu den Shopping-Centern auf der grünen Wiese – die Rede.⁴

Bei Baring wird die angebliche mentale „Verrostung“ zur Blockade jeder Entwicklung stilisiert. Beim gesellschaftspolitisch interpretierten Rumsfeld würden neue Ost-Mentalitäten zum Instrument des neoliberal-amerikanischen Modells gegen den (west-) europäischen Sozialstaat und den „rheinischen Kapitalismus“. In beiden Fällen wären die Werte des Ostens kaum hilfreich für die Zukunft des Landes. Demgegenüber brauchen wir etwas Drittes, ein kulturelles Kapital, welches Modernisierungsoffenheit mit Reflexivität und sozialer Orientierung verbindet.

2. Eigene Werte Ost: der Forschungsstand

Gesellschaftliche Wertorientierungen werden zu jenen Kräften gezählt, die dauerhaft Konflikt- und Span-

nungslinien - die Politikwissenschaft sagt: *Cleavages* - prägen. In diesen bilden sich Konzeptionen einer wün-

3 Dabei war die Ablehnung des Irakkrieges in Ostdeutschland eindeutig, drei Viertel begrüßten das klare und frühe Nein der rot-grünen Bundesregierung. Vgl. Leipziger Volkszeitung 7. März 03, S.1.

4 Die These vom „diffusen Amerikabild“ der Ostler liest sich dann folgendermaßen: „Es scheint, als sei der große Feind im Westen wieder auferstanden, der während der DDR-Zeiten in unzähligen Reden, Büchern und in der Presse heraufbeschworen wurde: der böse Amerikaner, die Vereinigten Staaten als Mutterland des Imperialismus“. Klaus Schroeder (FU Berlin) glaubt, „dass die Ostdeutschen trotzdem in vieler Hinsicht sogar stärker ‚amerikanisiert‘ sind als die Westdeutschen. Er hält sie für konsumorientierter und beobachtet, dass sie sich bei Wahlen ‚amerikanisch‘ verhalten. Sie sind Wechselwähler und oft eher auf einzelne Politiker fixiert als auf Parteien. – Vor allem empfinden sie eines kaum: Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern“. In: FAZ 15. Oktober 01. Demgegenüber klingt vernünftiger: „Dankbarkeit ist keine politische Kategorie. Es muss jedoch und wird den Deutschen unvergessen bleiben, wem sie ihre Errettung von Hitler verdanken. Wer sich anstrengt, dürfte das außenpolitische Agieren von Gerhard Schröder und Josef Fischer nicht als Undank empfinden, eher als transatlantischen Re-Import ziviler Werte, die Deutschland einst aus Amerika empfing“. So Christoph Dieckmann, in: Die Zeit 11/03, S. 39.

schenswerten Gesellschaft ab, so sind sie eine kulturelle Grundlage der Gliederung von Parteienlandschaft. Auch wenn es manchmal der falsche ethnologische Blick von außen war: Die Frage nach den besonderen Werten Ost durfte seit der Wende in keinem Beitrag zur Transformation und Integration Ostdeutschlands fehlen.

Die Ergebnisse vielfältiger seriöser Studien und Analysen der empirischen Sozialforschung wurden vor drei Jahren wie folgt zusammenfasst: „Der gesellschaftliche Wertehaushalt der Ostdeutschen ist im Schnitt eher ‚sozial‘-, ‚demokratisch‘ geprägt, im klassischen Sinne und auch nicht parteipolitisch strukturiert. An vorderster Stelle stehen die Werte Arbeit, Leistung, wirtschaftliches Wachstum. Technikoptimismus, gefolgt von Werten Gerechtigkeit und Gleichheit. Höhere Erwartungen stellen die Ostdeutschen an den Staat, das schließt für sie Regulierung des Marktes und Wohlfahrtspolitik ein. Schließlich haben in der ostdeutschen Bevölkerung Frieden und friedliche Konfliktregelungen (...) einen hohen Wert (...). In diesem Sinne ist es eher ein Wertehaushalt, der mit dem Attribut klassischer ‚dritter Weg‘ charakterisiert werden könnte. Und den Kapitalismus finden in den neuen Bundesländern

nur 17 % sympathisch und 67 % unsympathisch.“⁵

Dem entspricht, dass etwa 70% der Ostdeutschen die Idee des Sozialismus gut finden, allerdings nicht nostalgisch im Sinne des Realsozialismus der DDR. Das Demokratieverständnis der Ostdeutschen bezieht sich eben nicht nur auf Wahlen, Parteien und Abgeordnete, sondern ist in hohem Maße auf die Gewährung von erweiterten Grundrechten orientiert - wie soziale Gerechtigkeit, Arbeit, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Weltanschauungen, Gleichheit von Geschlecht und kultureller Herkunft, sowie das Recht auf Familie und Partnerschaft.

Es ist anzunehmen, dass diese Befunde wohl weiterhin gültig sind. Dazu paßt, dass die Bundestagswahl am 22. September 2002 von dem Fünftel der Deutschen, die im Osten leben, entschieden wurde (Ost: SPD 39,7 % zu CDU 28,3%; West: Union 40,8 % zu SPD 38,3%). Denn das ist als die eigentliche Nachricht zu betrachten: Die eigentlichen Wertepreferenzen Ost flachten sich *nicht* ab, dagegen ist manche Schere in den letzten Jahren sogar noch weiter auseinander gegangen.

Besonders wird dies sichtbar anhand der diametral entgegengesetzten Gewichtung von Freiheit und Gleich-

5 Rolf Reißig: Die gesplante Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin 2000, S. 89.

heit. Die Schlüsselfrage der gesellschaftlichen Werteforschung lautet: „Ich finde Freiheit und möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, eigentlich beides wichtig. Aber wenn ich mich für eines davon entscheiden müsste, (a) ...wäre mir die persönliche Freiheit am wichtigsten, dass also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann, oder (b) ...fände ich eine möglichst große Gleichheit am wichtigsten, dass also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind.“ Die Prioritäten sind eindeutig: im Osten (a) Freiheit 27% zu (b) Gleichheit 63%, im Westen (a) Freiheit 53% zu (b) Gleichheit 38%.⁶

Doch selbst bei einer solch klaren Wertedifferenz gilt ein grundsätzlicher Einwand: Es bleibt offen, wie wichtig

die Verschärfung dieses Werte-Gegensatzes eigentlich für das Zusammenwachsen ist. Und sichere Prognosen sind schwierig, denn nach wie vor ist im Osten weniger verfestigt, mehr in Bewegung als im Westen. Die „Schwierigkeiten kultureller Assimilation“⁷ sind eben noch keineswegs überwunden. „Das Eingewöhnen neuer Standards des Alltagslebens“ halten die meisten Sozialwissenschaftler für noch nicht abgeschlossen. So klingt auch das „Hauptergebnis“ der Studie des Jugendforschers Peter Förster zur Stimmung von ostdeutschen Jugendlichen: „Nach wie vor befinden sich diese jungen Ostdeutschen in einem intensiven Such- und Wandlungsprozess ihrer politischen Orientierungen und Identifikationen“.⁸

3. Zum Phänomen kultureller Ostidentität

Die Entstehung einer kollektiven Identität als Ostdeutsche Jahre nach dem Untergang der DDR ist ein Wertephänomen, das jedenfalls im Westen zutiefst überraschte. Die empirisch überprüfbaren Stichworte sind bekannt:

- die Selbstkennzeichnung zuerst als „Ostdeutsche“, nachrangig erst als

„Deutsche“, „Brandenburger“, „Europäer“ oder „Kosmopoliten“;

- die Selbstwahrnehmung als „Bürger zweiter Klasse“;
- die Selbstzuschreibung bestimmter, besonders sozialer und auf Gerechtigkeit bezogener Merkmale;
- die Abgrenzung durch Betonung

⁶ FAZ 27. November 02, S. 5.

⁷ Vgl. Dietrich Mühlberg: Schwierigkeiten kultureller Assimilation. Freuden und Mühen der Ostdeutschen beim Eingewöhnen in neue Standards des Alltagslebens. In: ApuZ B 17/2002, S. 3 – 11.

⁸ Freitag 4. Oktober 02, S. 5.

- mentaler Unterschiede zum Westen;
- die Konjunktur von gewissen Anti-West-Stereotypen⁹;
 - der Boom von Büchern, Filmen, Theaterinszenierungen und anderen künstlerischen Werken ostdeutscher Erinnerungskultur;
 - nicht zuletzt die erfolgreiche Vermarktung von Produkten mit Ost-Logo (selbst die Wahl der Zigarettensorte oder der Sektsorte kann ein Bekenntnis zu Ostdeutschland sein).

Aus Studien der letzten Zeit¹⁰ scheint mir besonders die These von der „Generation der zweifach Enttäuschten“ bemerkenswert: Auch die Mehrheit der zur Wende Pubertierenden steht heute dem sozialökonomischen System der vereinten Bundesrepublik kritisch gegenüber, zwei Drittel halten es für ungerecht. Angeblich wollen immer weniger Jüngere „zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören“. Wird Aufstieg und Prestigeerwerb aber abgelehnt, so versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der Mehrheitskultur – die zwar westdeutsch dominiert ist, aber neuerdings vor allem Züge der globalisierten Welt trägt. Solche Werte und Sehnsüchte des Ausstiegs und der Kritik

haben weniger mit kommunistischer Erziehung zu tun als damit, dass drei Viertel der heutigen Endzwanziger - im Gegensatz zur Erinnerung an die soziale Sicherheit der Kindheit - seit 1990 direkt oder indirekt mit Arbeitslosigkeit Erfahrung gemacht haben.

Wachsende Unzufriedenheit korreliert mit der nicht bewältigten wirtschaftlichen Entwicklung, mit stabil hoher Arbeitslosigkeit und den Ängsten auslösenden Drohungen der Privatisierung sozialer Leistungen. Nur ein Fünftel der jungen Ostdeutschen glaubt noch, dass sich die neuen Bundesländer in Zukunft positiv entwickeln werden. Der provozierende These von Wolfgang Thierse, der Osten stehe auf der Kippe¹¹, stimmten 2001 zwei Drittel der Ostdeutschen zu¹². Ein Drittel der jungen Menschen will abwandern, über 70% sind überzeugt, dass ihnen im Westen bessere Chancen geboten werden. Nur ein Drittel aller Ostdeutschen hält die Wiedervereinigung noch für einen Gewinn. Über 80% der Jüngeren fühlen sich als „Bürger der ehemaligen DDR“ - wobei aber nur eine Minderheit von rund 10% die echte DDR, die eben doch keine Meinungs- und Reisefreiheit enthielt, Mauer und Stasi hatte, wiederhaben will.

9 In meiner Wilmsdorfer-Charlottenburger-Schöneberger Lebenswelt begegnen mir persönlich umgekehrte Vorurteilmuster, von West nach Ost, die weitaus verfestigter erscheinen!

10 Das Folgende bezieht sich auf Peter Försters Studie „Junge Ostdeutsche im Jahr 12 nach der Vereinigung“; auf den „Sozialreport 2002“; die Shell-Jugendstudie 2000.

11 Vgl. dazu im Anschluss an die Debatte ausführlicher: Wolfgang Thierse: Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas, Berlin 2001.

12 FAZ 15. August 01, S. 5.

Einer der plausibelsten kultursoziologischen Erklärungsrahmen zur Konjunktur dieser „Erinnerungskultur Ost“ lieferte Dietrich Mühlberg¹³. Angeregt durch seine sieben Thesen möchte ich formulieren:

Erstens hängt Selbst-Bewußtsein bei aller im Alltag notwendigen Realitätstüchtigkeit und Zukunftsorientierung notwendig vom Konstruieren einer differenzierten und auch positiven Eigen-geschichte ab. Es wäre eine zweite Verdrängungssituation deutscher Geschichte¹⁴, würde diese Sensibilität für das Überkommene nicht selbstverständlich einen DDR-Teil einschließen. **Zweitens** ist diese identifikatorische Erinnerung „an die gute Zeit“ notwendigerweise immer selektiv und gerade bei den Jüngeren ein Konstrukt, eine Re-Produktion einer verlorenen Heimat. Zur Illustration kann man etwa Jana Hensel lesen, die 1976 geboren wurde: „Es erschreckt uns, bemerken wir, dass wir in unserer Heimat nur kurz zu Gast gewesen sind. Die paar Jahre vor dem Fall der Mauer, die wir dort gelebt haben, machen zurzeit noch die Hälfte unseres Lebens aus. Von nun an werden sie jedoch zahlenmäßig in die

Minderheit geraten und die DDR für uns, als schauten wir in den Rückspiegel eines Autos, noch ferner, kleiner und immer märchenhafter werden“.¹⁵

Drittens berühren die offiziellen historischen Identifikationsangebote von Diktatur, Stasi, Täter und Opfer, Zwangsläufigkeit des wirtschaftlichen Kollaps usw. nur selten das Zentrum der eigenen Lebenserinnerungen, diese sind selbstverständlich vielfältiger als der Dualismus von (damals) „Unrechtsstaat“ und (jetzt:) „Freiheit“.

Viertens läuft dieses wirkliche Erinnern vor allem als Spurensuche sinnlich-ästhetischer Bilder ab - das erinnerte Konstrukt der DDR erhält eine poetische bis romantisch verklärte Patina¹⁶. Es geht um den kulturellen Prozess, um einem berühmten Satz von Theodor W. Adorno abzuwandeln: sich des richtigen Lebens im falschen System zu besinnen.

Fünftens kommt der Gestus des Ostens – als David gegen Goliath nicht unsympathisch – überlegen daher. Die Ironie und Melancholie derjenigen, die das Scheitern erlebten, wännen sich eine Erfahrung weiter, als der noch naive und selbstgefällig oberflächliche Geschichtsoptimismus vieler Wessis¹⁷, der ange-

13 <http://www.kulturation.de>.

14 Vgl. Gesine Schwan: Politik und Schuld. Die zerstörerische Macht des Schweigens, Frankfurt/M. 1997.

15 Jana Hensel: Zonenkinder, Reinbek 2002, S. 166.

16 Auch wir in Westberlin waren damals nicht ganz frei davon, ohne dort je leben zu wollen, die „Fünfziger-Jahre-Ästhetik“ der DDR zu goutieren, vgl. Klaus-Jürgen Scherer: Gab es eine DDR-Identität? In Rolf Reißig, Gert-Joachim Glaesner (Hg.): Das Ende eines Experiments, Berlin 1991, besonders S. 305.

17 Hier rächt sich auch, dass die „68er“ und „Post-68er“ wenig Mut zur ehrlichen Reflektion ihrer westdeutschen revolutionären Irrwege hatten. Fast eine Ausnahme: Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

sichts der Globalisierungsumwälzungen langsam ziemlich unzeitgemäß wirkt. **Sechstens** hat der Vorwurf der DDR-Nostalgie einen berechtigten Kern. Auch als Gegenbewegung zur westlichen Total- bzw. Totalitarismus-Kritik kommt es zur problematischen Bildung von Mythen über die DDR: Es war gemeinschaftlicher, gemüthlicher, solidarischer, DDR-Bürger waren die „besseren Menschen“ usw. usf. Doch entscheidend ist, dass es hier nicht um Altkader, ältere Wendevertreter oder PDS-Ideologen geht. Diese mythische Gegenwelt zur schwierigen Realität wurde gerade für ostdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv, weil sie eine Folie für neues Selbstbewusstsein hergibt. Der Ostkult kann durchaus zusammen gehen damit, in vielen Wertorientierungen und Ästhetisierungen gleichzeitig Vorreiter der gesellschaftlichen Moderne zu sein. Für subkulturelle Szenen, wie sie vor-

nehmlich in den Stadtteilen Berlin-Mitte, Friedrichshain und Prenzlauer Berg anzutreffen sind, ist diese Verbindung aus Avantgarde und Lebensgefühl Ost geradezu konstituierend.

Siebtens geht es in einem kulturhistorischen Blick letztlich um den bekannten Vorgang der Verarbeitung kultureller Fremderfahrung. Aus der Geschichte wissen wir aber, wie sehr gerade dies schief gehen und in Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus münden kann. Das ist bei der ostdeutschen Hauptlinie von Aufarbeitung eben nicht der Fall. Kritische Verortung in der neuen Realität, selbstreflexive Identitätssuche, Einbettung der ostdeutschen Vergangenheit in die deutsche Nationalgeschichte, selbst wenn es heißt: „Wir haben wenigstens das Bessere versucht“ – das alles ist doch im Sinne einer Tradition der Aufklärung das Gegenteil von beunruhigend.

4. Kulturelle Durchbrüche: wie Phönix aus der Asche?

Neuere kulturelle Überlegungen beschäftigen sich nicht mehr nur mit diesem Phänomen, über neues „Selbstbewusstsein Ost“ Anerkennung, gleiche Rechte und Respekt in der westdeutsch dominierten Transfargesellschaft zu reklamieren. Gemeint ist damit nicht,

dass sich alle ost-west-deutschen Mentalitätsprobleme über Nacht verflüchtigen. Doch wird in Ostdeutschland jetzt nicht mehr nur die Nachhut der Moderne gesehen. In den Blick gerät der dramatische Sprung an die Front der globalisierten Weltgesellschaft und

die Frage, was für ein Wertewandel hierdurch ausgelöst wurde. Es kommt zum Perspektivwechsel, sich auf die eigenen kulturellen Potentiale in der einen Welt zu besinnen. Dies fand in der dialektisch-ironischen Losung von den „Ostdeutschen als Avantgarde“¹⁸ seinen Ausdruck. Drei Argumentationsstränge aus aktuellen Kulturdebatten passen hierzu:

Erstens fände der längst überfällige, offensive Abschied von den Illusionen wirtschaftlicher Konvergenz sowie der Angleichung aller Lebensbedingungen und -verhältnisse jetzt endlich statt. *Mezzogiorno Ost* werde zur enttabuisierten und zutreffenden Beschreibung.¹⁹ Auf Dauer müsse Ostdeutschland mit Deindustrialisierung, strukturellen Defiziten, mit geringerem Beschäftigungsniveau, niedrigerem Einkommens- und Verbrauchsniveau, mit hoher Transferquote und Abwanderung leben. Erst wer dieser Realität ins Auge schaue, dass sich Ostdeutschland als unterentwickelte Region im Zentrum Europas stabilisiert, könne sich auf die eigenen innovativen Stärken besinnen. Und fragen, wieweit eigentlich auch das Schrumpfen und das *Downsizing* kreative Potentiale freisetzen kann.

Zweitens würde, so die These von Wolf-

gang Engler, gerade die gegenüber dem Westen schnellere und rücksichtslosere Auflösung der arbeitlerlichen Gesellschaft eine Chance für die „Entbindung und Freisetzung neuer Arten des Denkens und Handelns“ darstellen. Es geht um ein erfülltes Dasein auch ohne oder ohne regelmäßige Erwerbsarbeit. Engler knüpft an bekannten Thesen von André Gorz und Jeremy Rifkin zum Ende der Arbeitsgesellschaft an und fragt: „Kann man den erzwungenen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft so gestalten, dass er nicht nur lebbar ist, sondern anziehend wird, zur *inneren Alternative* zur Arbeitsgesellschaft avanciert?“ Es ist schon mutig, unter dem Motto: „tausche Wachstumsgewinne gegen menschenwürdiges Leben mit wenig oder sogar ohne Arbeit“ zu einem neuerlichen „kollektiven Experiment des Ostens“ aufzurufen.

Drittens habe der subjektive Umgang der Ostdeutschen mit der *postmodernen Alltagskultur* rein gar nichts mehr mit der realsozialistischen Vergangenheit zu tun. Die neuen Orientierungen im Osten seien mindestens auf der Höhe der Zeit. McFalls²⁰ brachte die These, „dass Ostdeutsche längst ein ganz neues Repertoire an Fähigkeiten

¹⁸ Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002.

¹⁹ Vgl. Ulrich Busch: Mezzogiorno Ost! Na und? In: Berliner Debatte Initial 13 (2002) 5/6, S. 144 – 156.

²⁰ Laurence McFalls: Die kulturelle Vereinigung Deutschlands. Ostdeutsche politische und Alltagskultur vom real existierenden Sozialismus zur postmodernen kapitalistischen Konsumkultur. In: ApuZ B 11/2001, S. 23.

erworben haben, die meisten von ihnen unbewußt“, besonders griffig auf den Punkt: „Sie haben gelernt, in einer Gesellschaftsstruktur zu leben, die sich durch hohe geographische und soziale Mobilität auszeichnet; die auf Flexibilisierung und berufliche Unsicherheit baut sowie auf das Bewusstsein der globalen Kräfte des Marktes, dem sie sich zunehmend unterordnen; eine Struktur, die erhöhte Individualisierung und soziale Fragmentierung fördert, deren Kommunikationsnetz sich nahezu ausschließlich aus den kommerzialisierten elektronischen Massenmedien speist und die das wachsende Konsumpotential als vorrangige Größe für soziale Legitimation begreift“. Für westdeutsche Linkselite dürfte damit klar sein, ihr

Schreckgespenst der „Amerikanisierung“ geht bereits im Osten um (s.o.).

Doch könne die erfolgreiche Schnellsozialisation Ostdeutschlands auch entscheidende Standortvorteile bringen: „Dank der durch die Einheit induzierten Schocktherapie waren die Ostdeutschen jedoch nicht nur zur raschen Anpassung an irgendein System gezwungen, sondern an eine spätkapitalistische Konsumgesellschaft in Reinform. Dieser Crashkurs in postmodernem Wirtschaftsgebaren katapultierte die ‚Ossis‘ sozusagen von heute auf morgen auf den gemeinschaftlichen Weg mit den ‚Wessis‘ in die globalisierte neoliberale Gesellschaft, diesen allerdings des raschen Anpassungsdrucks und der Mobilitätserfahrung wegen immer eine Nasenlänge voraus.“²¹

5. Zum Schluß: Gesamtdeutscher Wertewandel

So einfach passen die vorgestellten Befunde nicht zusammen. Die Lage am ostdeutschen Wertehimmel bleibt unübersichtlich, manches widerspricht sich: Etwa wie viel nassforscher Einstieg ist nun? Wird die kulturelle Ausstiegsattitüde eigentlich irgendwo real, oder ist sie nur ein abfragbares Wertemuster? Hängt nicht doch fast alles Kulturelle

von der ökonomischen Basis ab, vom dauerhaften Mezzogiorno oder von Inseln eines selbsttragenden Aufschwungs? Vor dem mehrschichtigen Erfahrungshintergrund waren eindeutige Antworten kaum zu erwarten; zu verschieden stellen sich DDR-Vergangenheit, Erfolgsillusionen, neue Erfahrungen des Scheiterns, Anstrengungen

21 Ebenda.

um Anerkennung und Würde, aber auch der hier und da gelungene Aufbau dar.

Natürlich sind die spezifischen Orientierungen, die eigenen Werte Ost oder das Konstrukt einer Ost-Identität wichtige kulturelle Ressourcen. Mehrheitsfähige Politik in den ostdeutschen Ländern muß dies aufgreifen, die massenmediale Popkultur tut dies eh – gewissermaßen bis hin zur Super-Illy als dem Zentralorgan einer ostdeutschen Parallelwelt. Doch sei die Prognose gewagt, dramatische Verwerfungen für die bundesrepublikanische Gesellschaft aus diesen – am Ende nur noch landsmannschaftlichen - Besonderheiten werden im Laufe der Jahre immer unwahrscheinlicher. Derzeit scheinen eher kulturelle Annäherungen charakteristischer. Nach über zehn Jahren westlicher Dominanz funktionieren Begegnungen nun endlich auch „auf gleicher Augenhöhe“: So die gemeinschaftliche Hilfeleistung bei der Flutkatastrophe im Sommer 2001. So die Deutschland einigende Ablehnung eines drohenden Irakkrieges. So das gemeinsame Berührtsein und Schmunzeln über „Goodbye Lenin“, dem erfolgreichen Film von Wolfgang Becker, der versucht die DDR zu verstehen, indem er erzählt, wie alles aufhörte. Und der für die Geschichte Ost-

wie Westdeutschlands zwei entscheidende Werte rettet: die *Würde* beim historisch unvermeidlichen Abgang der DDR und die *Idee* des Sozialismus als Traum von der global menschlicheren Gesellschaft.

In der gesamtdeutschen Wertewandelforschung gilt es mittlerweile als gesichert, dass sich nach der deutschen Einheit der Wertewandel selbst gewandelt hat. In den siebziger und achtziger Jahren hatten in Westdeutschland Soziologen wie Ronald Inglehart, Ulrich Beck oder Gerhard Schulze folgende Wertetrends festgestellt: hin zu mehr Freiheit, zu größerem individualistischen Autonomiestreben (auf der Basis von Ressourcenzuwachs), zu mehr Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung bis hin zu mehr Egozentrik und Egoismus. Dies gilt nicht mehr ungebrochen. „Das Pendel ist zurückgeschlagen. Viele Menschen streben nicht länger nach individueller Autonomie und Selbstverwirklichung, sie kosten ihre Freiheitsgrade nicht länger aus, sie sind vielmehr auf der Suche nach Sicherheit, Ordnung und Gemeinschaft“.²² Die lineare soziokulturelle Entwicklung ist vorbei, es geht um neue Kombinationen, etwa von Sicherheit und Selbstverwirklichung in der Arbeitswelt. Zu dieser erneuten Konjunktur von Gemein-

22 Stefan Hradil: Der Wandel des Wertewandels. Die neue Suche nach Sicherheit, Ordnung und Gemeinschaft in einer individualisierten Gesellschaft. In: GWP 4/2000, S. 409.

schafts-, Sicherheits- und materiellen Werten hat der Osten in den letzten 13 Jahren entscheidend beigetragen.

Kann die kulturkritische Selbstvergewisserung von Ostheimat bei gleichzeitiger unideologischer Offenheit gegenüber der heutigen Arbeits- und Lebenspraxis nicht geradezu als vorbildlich gelten für eine Haltung, die auch „reflexive Modernisierung“²³ genannt wurde? Es geht darum, Erhaltung und Entwicklung zu verbinden sowie in Wissen, Innovation und Improvisation entscheidende Ressourcen zu sehen. Nur aus der Dialektik von flexibler Anpassung und wertorientierter Einbindung heraus wird es gelingen, die „großen Strukturen und Semantiken nationalstaatlicher Industriegesellschaften“ zu transformieren.

Vielleicht lässt sich zusammenfassen, dass die Ostdeutschen einen besseren Blick auf das Soziale und Gemeinschaftliche einbringen. Und mittler-

weile geübter sind im Umgang mit raschem sozialen Wandel, um in dessen Strudel nicht unterzugehen, sondern ihn mitzugestalten. Dies wären dann genau die beiden Werteresourcen, die gerade jetzt gebraucht werden, wo es darum geht, den Kern sozialer Sicherung unter den Bedingungen der globalisierten Ökonomie zu retten.

Irritationen sollten woanders entstehen, nehmen wir etwa Schlüsselsätze aus dem westdeutschen Kulturbuch „Generation Golf“: „Wir glauben, dass die Gesellschaft funktioniert, ohne dass man etwas dafür tun muß, so als hätte man einen ewigen Dauerauftrag aufgegeben“ - oder: „Die Suche nach dem Ziel hat sich erledigt. Veränderungen wird die Zukunft kaum bringen“.²⁴ Eines ist sicher: Wer in solchen West-Mentalitäten der 80er Jahre verharret, der ist in der Berliner Republik ganz bestimmt nicht mehr zukunftsfähig.

Dr. Klaus-Jürgen Scherer,

Politikwissenschaftler FU Berlin,

Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie im Willy-Brandt-Haus

23 Ulrich Beck, Anthony Giddens, Scott Lasch: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M. 1996.

24 Florian Illies: Generation Golf. Eine Inspektion. Berlin 2000, S. 191 und 197.

Gleichberechtigt und gleichgestellt?

Warum Anschlüsse keine reine Männersache sind

von Eva Kunz und Susanne Melior

Welch' mutige Vision frauenkämpferischer Politik hätte mit der Wiedervereinigung im Jahre 1989 realisiert werden können. Die im Erwerbsleben gestählte Ostfrau und die Feministin aus dem Westen hätten Praxis und Theorie der Gleichberechtigung in ganz Deutschland versöhnt.

Der Kampf für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit wäre in Siebenmeilenstiefelschritten vorangekommen. Was hätte in der Aufbruchstimmung der Jahre 1989 und 1990 nicht alles erreicht werden können. Die Ideen lagen zwar nicht aufbereitet in den Schubladen (an dieser Stelle noch einmal ein herzliches „Dankeschön“ an das Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten!), aber die Träume und nicht zuletzt die gesellschaftlichen Notwendigkeiten gab es. Frauen waren zum Teil von 0 auf 100 in wichtige Machtpositionen gewählt worden, darunter Regine Hildebrandt, Bärbel Bohley und Marianne Birthler. Sie prägten die Diskussion an den runden Tischen und übernahmen mit den ersten freien Volkskammerwahlen wichtige Verantwortungsbereiche.

Angesichts dauerdepressiver Betrachtung vermögen jedoch die Frauen im Osten seit 1989 nur Rückschritte auszumachen. Frauenarbeitsplätze perdu, Kita-Plätze abgebaut, Schwangerschaftsabbruch verkompliziert. Für Westfrauen brachen goldenen Zeiten an und die Emanzipationsbewegung konnte viel gutes registrieren, wie im folgenden aufgezeigt werden soll.

Ostfrauen in der Bundesrepublik scheint diese gewaltige Veränderung, die sie in den konservativen Strukturen des Westens bewirkt haben, entweder nicht aufzufallen oder sie sehen darin keinen Grund, sich der eigenen Stärke bewusst zu werden. Neigt man im Osten sonst gerne zu neidischen Vergleichen mit dem Standard West, so ist Ausgangs- und Bezugspunkt der Frauenpolitik immer noch gerne der Standard der untergegangenen DDR. Die diachronische Betrachtung der positiven Veränderung in der BRD zwischen 1989 und 2003 kommt dabei zu kurz. Es ist daher wichtig, sich zunächst der Prozesse seit der Wende im Bereich der Frauenpolitik bewusst zu werden. Des weiteren muss sich der Kampf der Frauen, besonders im

Osten, nicht an der Bewahrung oder Wiedererlangung der Zustände der DDR orientieren, sondern an einem universellen Ziel, der Gleichstellung von Mann und Frau. Hinzu kommt, das bisherige Themen wie unterbrochene Berufskarrieren, berufliche Einstiegsschwierigkeiten, Dequalifikation, Teilzeitarbeit, nicht ausreichende Arbeitseinkommen und mangelnde Altersversorgung zunehmend gesamtgesellschaftliche Themen werden. Hierbei könnte sich die Frauenbewegung durch fundamentales Streben nach Meinungsführerschaft an die Spitze der Bewegung setzen.

Vom Schneckentempo zum leichten Trab

Vergleicht man die Entwicklung in der BRD in den letzten 10 Jahren mit den vierzig Jahren davor, ist aus dem Schneckentempo mit dem Rechtsfortschritte für Frauen in Deutschland bis dahin erreicht wurden ein leichter Trab geworden. Was ist passiert? Die größten Fortschritte im Sinne der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit wurden in den ersten 5 Jahren nach dem Beitritt gemäß damaligem Artikel 23 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland erzielt, wobei die Gewinn- und Verlustbilanz für Frauen im Osten und im Westen durchaus unterschiedlich war. Den weitestgehenden Ansatz für eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen

und Männern sah der Entwurf des Runden Tisches für eine neue Verfassung der damaligen DDR vor. Dieser Entwurf wurde mit den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 begraben. Im Vorfeld der Wahlen hatte die West-CDU inzwischen in der Allianz für Deutschland ihren Einfluß geltend machen können. Das hatte Auswirkungen auf alle wichtigen Entscheidungen, die in der kurzen Regierungszeit der Großen Koalition bis zum Herbst 1990 getroffen wurden. Im Bereich der Familien- und Frauenpolitik verhinderten die Konservativen, mit ideologischer Schützenhilfe der West-Union eine progressive Verhandlungsposition für frauenpolitische Fragen.

Im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Deutschen Einheit (Einigungsvertrag) hieß es lediglich, dass die gesamtdeutsche Gesetzgebung in Richtung Gleichberechtigung von Männern und Frauen weiterzuentwickeln ist. Für die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs und die übergangsweise Finanzierung der Kindertagesbetreuung durch den Bund wurden Fristen festgesetzt. Auch für die unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie war eine Angleichung vorgesehen. Auf dem gesamtdeutschen Frauenforum in der Frankfurter Paulskirche wurde im Sep-

tember ein Manifest „Frauen für eine neue Verfassung“ verabschiedet. Die Deutsche Einheit wurde unaufgeregt vollzogen. Nationalistischer Taumel blieb aus. Beim Festakt in der Berliner Philharmonie herrschte dunkles Tuch vor, nur das Kleid von Ingrid Matthäus Meier war ein leuchtend blauer Tupfer. Frauen aus dem Osten sangen aus Protest die Nationalhymne nicht mit.

Deutschlands Frauen verloren sich in blühenden Landschaften

Rückblickend muß das Jahr 1990 den Frauen im Osten wie eine einzige Niederlage vorkommen. Doch ganz so war es nicht. Mit den Kommunalwahlen im Mai 1990 trat die Kommunalverfassung der noch DDR in Kraft. Im Artikel 23 war die Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten ab 10 000 EinwohnerInnen geregelt. Bereits im Juni wurde in Potsdam die erste Gleichstellungsbeauftragte im Land Brandenburg gewählt, die heutige Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen Angelika Thiel-Vigh. Brandenburg hat diese Regelung später in seine Gemeindeordnung übernommen und damit auch westdeutsche Bundesländer unter Zugzwang gebracht. Die Landtagswahlen in Brandenburg führten zu einer so genannten Ampelregierung bestehend aus SPD, FDP und Bündnis

90. Im Koalitionsvertrag wurden frauenpolitisch wichtige Zeichen gesetzt: politische Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen, Chancengleichheit bei gleicher Qualifikation, Erarbeitung eines Gleichstellungsgesetzes unter Einbeziehung der privaten Wirtschaft, Beibehalten der Kindergarten- und Hortbetreuung als wichtigste Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ersatzlose Streichung des § 218 StGB und die Einrichtung von Frauenhäusern.

Der Osten sollte werden, wie der Westen nie wieder sein wird

Am 16. Januar 1992 nahm die Verfassungskommission unter Leitung von Hans-Jochen Vogel ihre Arbeit auf. Wieder bestimmten dunkle Anzüge das Bild und vorwiegend Männer entschieden über Grundrechte und Verfassungsartikel. Nur der SPD gelang es, Frauen und Männer paritätisch zu entsenden. Die Diskussion darum, was und warum überhaupt diskutiert werden sollte, bewegte nicht nur die intellektuelle Welt. Der Westen sah Reformbedarf beim Grundgesetz mehr durch die europäische Einigung denn durch die deutsche Einheit gegeben. Die Frauen in Ost und West fanden hingegen eine gemeinsame Sprache und forderten in einer Postkartenaktion „Frauenrechte in die Verfassung“.

Sozialdemokraten machten sich die Anliegen der Frauen zu eigen und formulierten im September 1992 einen Antrag an die Verfassungskommission für die Ergänzung des Art. 3 Grundgesetz mit folgendem Wortlaut: „Zum Ausgleich bestehender Ungleichheiten sind Maßnahmen zur Frauenförderung zulässig“. Eine Kampagne „Frauenrechte in die Verfassung – Jetzt oder nie“ folgte. Bei der öffentlichen Anhörung der Verfassungskommission zu Artikel 3 reisten über 600 Frauen an und sprengten fast den Saal, schriftlich plädierten über 12.000 Frauen mit Eingaben für mehr Frauenrechte in einer neuen Verfassung. Am 27. Oktober 1994 verabschiedete der Deutsche Bundestag das geänderte Grundgesetz. Nachdem auch der Bundesrat am 13. September abschließend beraten hatte, heißt es nun im Artikel 3/Abs. 2: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Das war nicht alles, was Frauen in Ost und West wollten, aber es war ein wichtiger Meilenstein. Jetzt gab es das im Grundgesetz fixierte Eingeständnis, dass es Nachteile für Frauen gibt und der Staat verpflichtet ist, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung zu fördern. Eine weitergehende Änderung zum

Ehe- und Familienverständnis im Artikel 6 im Grundgesetz fand keine Mehrheit.

Mein Bauch gehört mir – Frauen wollen selbst bestimmen

In der alten Bundesrepublik existierte ein grundsätzliches Verbot, die Schwangerschaft abzuberechnen. Zuwiderhandlungen standen unter Strafe. Alice Schwarzer brachte es auf den Satz: „Abtreiben zu können ist heute in der BRD kein Recht, sondern eine Gnade.“ Ausnahmen waren lediglich durch die so genannte Indikationslösung definiert. Für die Frauen im Osten hingegen galt seit 1972 das „Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft“. Vorgeschieden war lediglich, dass der Eingriff innerhalb von 12 Wochen nach Beginn der Schwangerschaft in einer geburtenhilflich-gynäkologischen Einrichtung stattfinden musste. Der Arzt/die Ärztin hatte eine Aufklärungspflicht über mögliche Folgen des Eingriffs.

Die Neuregelung des § 218 führte im September 1991 zu kontroverser Debatte im Deutschen Bundestag. Der eigens zu diesem Thema gegründete Sonderausschuss „Schutz des ungeborenen Lebens“ musste sich mit sechs verschiedenen Gesetzesentwürfen auseinandersetzen. Die Vorschläge reichten von einer ersatzlosen Streichung des Paragraphen im Strafgesetzbuch über unterschiedliche Fristenregelungsmo-

delle mit und ohne rechtliche Missbilligung des Abbruchs bis hin zu einer verschärften Indikationslösung. Das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen wies im Mai 1992 darauf hin, dass fast zwei Drittel aller wahlberechtigten Frauen für eine Fristenregelung bei der Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs waren. Selbst 24 % der CDU/CSU Anhängerinnen waren für eine Fristenlösung ohne Beratung. Dennoch riefen 241 Bundestagsabgeordnete der Unionsfraktion das Bundesverfassungsgericht an und erreichten eine einstweilige Anordnung, dass die eine Fristenregelung betreffenden Teile des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes nicht in Kraft treten durften, bevor die Verfassungskonformität geprüft war. Damit dauerte die Teilung des Landes beim Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen an. In den neuen Bundesländern galt weiterhin die Fristenregelung, im Westen nicht.

Im Dezember 1992 fand die Expertenanhörung vor dem zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes statt. Die Tendenz war klar: Soziale Hilfen schützen das werdende Leben besser als Strafen. Ein entscheidender Durchbruch zur Neuregelung war geschafft. Der Rückschlag folgte auf dem Fuße. 1993 erklärt das Bundesverfassungsgericht die Fristenregelung in der Form des Schwangeren- und Familienhilfe-

gesetzes für nichtig. Es erklärte den Schwangerschaftsabbruch ohne Indikation für rechtswidrig. Dies sollte das Strafrecht deutlich machen. Ansonsten sei eine Fristenregelung durchaus verfassungsrechtlich möglich. Der Tenor des Urteils wurde erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik im Fernsehen übertragen.

Eine Welle der Empörung überzog das Land. Regine Hildebrandt nannte das Urteil „lebensfremd“ und „lebensfeindlich“. Im Osten fanden Demonstrationen statt, so auch in der Potsdamer Fußgängerzone. Die politische Diskussion im Bundestag ging in die nächste Runde. Expertinnen plädierten für eine freiwillige Beratung der Frauen, Ärzte lehnten eine vorgesehene zweite Pflichtberatung ab. Das Gesetz der Regierungskoalition zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs wurde im Deutschen Bundestag mit Mehrheit von nur 4 Stimmen verabschiedet. 47 Abgeordnete der SPD-Fraktion blieben aus Protest der Abstimmung fern. Der Fraktionszwang war aufgehoben worden. Die gesetzliche Regelung war ein wichtiger Schritt für Frauen in Ost und West. Im Westen der Republik hörten damit gefährliche, illegale Abbrüche und demütigender Abtreibungstourismus der Vergangenheit an. Die Ostfrauen erwiesen sich mit ihrem Kampf für die Änderung des § 218 ein großes

Geschenk und erschütterten die Bundesrepublik in ihren Grundfesten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und vor allem seine Begründung mit dem Hinweis „Hilfe statt Strafe“ machten den Weg frei für umfangreiche flankierende Sozialmaßnahmen im Zusammenhang mit der Neuregelung des § 218. Im Zuge des deutschen Einigungsprozesses waren DDR-Frauen, die zwischen dem 3. Oktober und dem 31. Dezember 1990 ein Kind geboren hatten und nicht erwerbstätig waren, betrogen worden. Sie konnten nicht wie vorgesehen weiter Krankengeld in Höhe von 70 % des bisherigen Nettoverdienstes nach DDR-Recht beziehen, bekamen aber auch kein im Westen übliches Erziehungsgeld. Die Unionsfraktion gab nach entsprechenden Protesten nach und gewährte Nachzahlung in Höhe der Hälfte des Erziehungsgeldes, monatlich 300 DM. Im gleichen Zusammenhang wurde auch der bundeseinheitliche Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung diskutiert.

Frauen wollen beides: Kinder und Beruf

Mädchen sind besser in der Schule, haben das bessere Abitur und die besseren Ausbildungsergebnisse. Sie sind an den Hochschulen sowohl was ihre zahlenmäßige Präsenz als auch ihre Abschlussergebnisse angeht besser als

ihre männlichen Mitstreiter. Und dann? Frauen in den Chefetagen? Frauen auf Lehrstühlen an den Universitäten? Frauen in herausragenden Positionen in Politik und Wirtschaft? - weit gefehlt! Wir suchen sie vergebens oder finden sie als Vorzeigefrau, als Ausnahme. Auch die DDR hatte trotz gänzlich anderer Beschäftigungsphilosophie hier wenig vorzuweisen. Die erfolgreiche Betriebsdirektorin, alleinerziehend mit drei Kindern und Kandidatin des Politbüros konnte nur selten auf den Titelseiten der „Für Dich“ abgedruckt werden. Nicht weil die einzige Frauenzeitschrift es nicht wollte, sondern weil solche Frauenbiographien auch früher sehr rar waren. Dennoch - im Gesamtbeschäftigungssystem der untergegangenen DDR wurden fast alle Frauen veranlasst, berufstätig zu sein, denn ihre Arbeitskraft wurde gebraucht und geschätzt. Gleichzeitig gab es ein umfassendes Hilffsystem zur Förderung von Geburt und Mutterschaft. Auch wenn Kindergarten-, Krippen und Hortplätze heiß umkämpft waren und dem Bildungs- und Erziehungsauftrag des SED-Staates unterlagen, gab es sie doch in fast ausreichender Anzahl, flächendeckend bis ins letzte Dorf, mit Milchpause und Mittagessen. Der Westen war 1990 dem gegenüber ein Entwicklungsland mit deutlich antiquiertem Familien- bzw. Mutterbild.

Bereits bei den Diskussionen zur Landesverfassung Brandenburg spielten Staatsziele wie das Recht auf Wohnen, das Recht auf Arbeit, das Recht auf soziale Sicherung eine wichtige Rolle. Die Menschen im Osten wollten ihre aus DDR-Zeiten gewohnten „Errungenschaften“ nicht so einfach aufgeben und brachten sie als Selbstverständlichkeiten in den deutschen Einigungsprozess ein. Für Frauen bedeutete das Recht auf Arbeit gleichzeitig das Recht auf Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, die Betreuung und Versorgung ihrer Kinder in Tagesstätten und vor allem ökonomische Unabhängigkeit. Regine Hildebrandt, die damalige Arbeits-, Sozial- und Frauenministerin in Brandenburg wollte diese Rechte gerade für Frauen unbedingt bewahren. Sie war es, die sich an die Spitze der Bewegung für eine schnelle Sicherung der Kinderbetreuung als wichtigste Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzte. Die seit 1990 dramatisch zurückgegangenen Kinderzahlen setzten ein zusätzliches Achtungszeichen.

Der Brandenburgische Landtag verabschiedete bereits 1991 das Kindertagesstättengesetz. Danach hatten bis zum Erreichen des Schulalters und eingeschränkt im Grundschulalter Kinder das Recht auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kinder-

tagesstätten und Tagespflege. Am 7. Juni 1996 beschlossen die Landtagsabgeordneten diesen Rechtsanspruch für alle Kinder bis zum Ende des Grundschulalters auszuweiten. Ein bedarfsgerechtes Angebot sollte geschaffen bzw. erhalten werden. In der am 14. Juni 1991 per Volksentscheid angenommenen Landesverfassung wurde dieser Anspruch im Artikel 27/Absatz 7 zusätzlich verfassungsrechtlich fixiert. Wie wichtig das war, zeigt sich einmal mehr in den aktuellen Auseinandersetzungen um die weitere Konditionierung oder vielmehr Einschränkung des Rechtsanspruchs. Denn es geht nicht nur darum, den Eltern eine gute und qualitativ hochwertige Betreuung ihrer Kinder während eigener Erwerbstätigkeit zu garantieren, sondern es geht auch um die Ansprüche der Kinder selbst. Wir dürfen ihnen weder die Gemeinschaft mit anderen Kindern vorenthalten, nicht das viel breitere Bildungs- und Erziehungsangebot, noch das soziale Abdriften auf Grund von Arbeitslosigkeit und Armut.

Bundespolitisch ist durch die selbstverständlich gelebte Wirklichkeit im Osten Bewegung in die Diskussion um Kinderbetreuung gekommen. Der Bundestag verabschiedete ein entsprechendes Gesetz mit Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder im Alter von 3 bis zur Einschulung. Für den Westen

war das ein riesiger Fortschritt, der ohne den deutschen Einigungsprozess noch hätte Jahre auf sich warten lassen. Das Umdenken beim gesamtdeutschen Familienbild macht sich, trotz aller Kritik der Konservativen, auch am Ausbau des Gesamtschulsystems fest. Die rot-grüne Bundesregierung hat erkannt, dass eine umfassende Kinderbetreuung für ein modernes Industrieland wie Deutschland eine enorme Wichtigkeit besitzt und daraus die Konsequenzen gezogen und Geld für den Ausbau der notwendigen Infrastruktur zur Verfügung gestellt.

Quote, Nachtarbeit und andere Krankheiten

Der westliche Feminismus, primär theoretischer Ausprägung, mag hinsichtlich der organisierten Schubkraft der Ost-Frauen enttäuscht gewesen sein, für die Ergebnisse gilt dies jedoch nicht. Neben der Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch, dem Recht auf Kinderbetreuung und der beschleunigten Verabschiedung von Gleichstellungsgesetzen in den Ländern gab es weitere wichtige Fortschritte. Besonders hervorgehoben werden sollte die additive Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Erwerbstätigkeit für die Rente. Darüber hinaus werden Pflegezeiten inzwischen ebenfalls mit angerechnet. Nicht unerwähnt bleiben soll die Verlängerung der

Freistellung zur Betreuung erkrankter Kinder. Noch 1998 hat ein Vater im Westen behauptet, es gäbe sie gar nicht, so tief verwurzelt war die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie.

Heftig gestritten haben Frauen in Ost und West um das Verbot der Nachtarbeit für Frauen. Die Gewerkschaften standen auf der Barrikade um eine Abschaffung zu verhindern und auch die SPD-Frauen in der alten Bundesrepublik meinten, ein Frauenprivileg zu verteidigen zu müssen.

Die Frauen im Osten fürchteten dagegen schlichtweg um ihre Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung und kämpften gegen diese Diskriminierung. Am 28. Oktober 1992 erklärte das Bundesverfassungsgericht das seit 1938 geltende Nachtarbeitsverbot für Frauen für verfassungswidrig. Es benachteilige Frauen bei der Stellensuche, enthalte ihnen lukrative Zuschläge vor und mache ganze Ausbildungsgänge für Mädchen unzugänglich, so die Begründung. Darüber hinaus konnte ein weiteres Auseinanderdriften des Lohnabstands ebenfalls zumindest für Industriearbeiterinnen vermieden werden. Doch nicht nur uralte und daher nicht mehr in Frage gestellte Regelungen kamen durch den Anschluss der DDR ins Wanken.

In den großen Volksparteien glaubte man zunächst, alles könnte so bleiben

wie es ist, aber auch sie kamen in den Strudel des Einigungsprozesses. Während die SPD „Balkone“ in ihrem Vorstand schuf, um die neu gegründete Sozialdemokratie im Osten angemessen berücksichtigen zu können, schlug sich die CDU mit Quotierungen herum. Mit ihrem Frauenanteil lag die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag auf dem letzten Platz. Bündnis90/Grüne, PDS und SPD hatten bereits entsprechende Regelungen in ihren Statuten. Am 28. November 1994 beschloß der CDU-Parteitag ein innerparteiliches Quorum, nachdem mindestens 1/3 aller Parteiämter und Mandate mit Frauen besetzt werden sollen. Auf Frauen im Osten wirkten derartige Verabredungen aufgesetzt und überflüssig. Aber auch sie mußten lernen, dass der Staat, der vorher auch Partei war, ihnen keine Rolle mehr zuweist und sie selbst für sich kämpfen müssen. Quotierungen können dabei ein hilfreiche Krücke sein. Einen individuellen Sieg in der westdeutschen Parteienlandschaft konnte Angela Merkel ausgerechnet in der konservativen CDU erringen. Eine Personalie, die das Familienbild der CDU und ihren Umgang mit Frauenfragen in Zukunft sicherlich noch erheblich modernisieren wird. Wie dringend notwendig dies ist, machten die anachronistischen Vorwürfe aus den eigenen Reihen gegen die Schattenministerin

Katherina Reiche aufgrund ihrer „wilden Ehe“ deutlich.

13 Jahre danach

Die Frauen im Westen erhofften sich von der deutschen Vereinigung einen Schub für die eigenen Wünsche und Hoffnungen. Sie wurden teilweise enttäuscht, weil der Zug im Osten schon auf anderen Gleisen unterwegs war. Die Ostfrauen sind mit fehlenden Arbeitsplätzen und einem Abbau der sozialen Infrastruktur konfrontiert und blicken entsprechend skeptisch in die Zukunft.

Gewiss, die ökonomischen Umstände in Ost wie West lassen allzu euphorische Resümees des Vereinigungsprozesses für die Frauen im Land wie Schönfärberei klingen. Doch auch wenn vieles nicht ist, wie es aus fraulicher Sicht sein sollte, lohnt sich der Blick zurück auf das Erreichte. Und sei es auch als Motivation für die bevorstehenden Auseinandersetzungen.

Die neuen Bundesländer profitierten von frauenpolitischen Ansätzen im Westen mit großer Geschwindigkeit (Gleichstellungsgesetze, Gleichstellungsbeauftragte, Frauenhäuser), setzten diese in Gesetzesform um, wovon wieder der Westen profitierte. Der gesamte Westen profitierte von der einigungsbedingten Konjunktur – der Osten war eine unverhoffte Erweiterung des Binnenmarktes – und Subven-

tionen flossen in großem Umfang zurück. Westfrauen profitierten von der Überholung des Familienbildes West durch den Anschluss Ost. Schwangerschaftsabbruch, Aufbau von Kita- und Gesamtschullandschaft im Westen, Maßnahmen der sozialen Absicherung und nicht zuletzt eine Erwerbsquote der Ostfrauen, die Meßlatte für das gesamte Deutschland wurde, haben die weibliche Welt in den alten Bundesländern moderner gemacht.

Wo der Osten nichts vorzuweisen hatte, kam es nicht zu Veränderungen. Erst jetzt, viele Jahre später stehen nicht-versicherte Beschäftigungsverhältnisse, Ladenöffnungszeiten und Ganztagschulen auf der politischen Agenda. Spitzenämter sind bis heute übermächtig in Männerhand, ebenso alle wichtigen Gremien und die Parlamente. Wo der Osten anderen westlichen Ländern ähnlicher war (Skandinavien, Niederlande) als der alten Bundesrepublik, sind noch immer

echte Reformen notwendig, so z.B. Arbeitsmarkt und Gesundheitssystem. Zu den offenen und bisher ungelösten Fragen muß ein gesamtgesellschaftlicher Konsens gefunden werden, auch weil klar ist, dass die fetten Jahre vorbei sind und wir uns im Wechsel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systemfaktoren befinden. In diesen Tagen wird ob des gesamtgesellschaftlichen Veränderungsbedarfes gerne einer Reformunfähigkeit der Bundesrepublik das Wort geredet. Doch wenn man die Veränderungen des Frauen- und Familienbildes in den letzten Jahren im Westen der Republik betrachtet, kann man durchaus zu der positiven Überzeugung gelangen, dass die deutsche Gesellschaft nicht nur im Osten sondern auch im Westen zu Veränderungen aus eigener Kraft in der Lage ist.

Der Osten könnte hier seine Rolle als Reformmotor sicherlich stärken, wenn er sich dieser Kraft stärker bewusst wäre.

Eva Kunz

Stellvertretende Bundesvorsitzende der
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
Referatsleiterin Altenpolitik im Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg

Susanne Melior

Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam
SPD-Kreistagsabgeordnete und
stellvertretende Sozialausschußvorsitzende Potsdam-Mittelmark

Brandenburger und Polen am Vorabend eines europäischen Aufbruchs

von Norbert Glante

Vom Osten in die Mitte

„Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen“. – Unter diesem Titel veröffentlichte Hans Misselwitz, damals Leiter der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, schon Mitte der 90er Jahre ein Buch über das „neue“ Selbstbewusstsein der Ostdeutschen. Gemeint war „das Ende einer jahrzehntelangen Fixierung der Ostdeutschen auf den Westen“. Knapp zehn Jahre später ist nicht nur das Abwenden des Blicks vom Westen angesagt, sondern die optimistische Zuwendung der nunmehr nicht nur geographisch sondern auch geopolitisch wahren Mitteleuropäer – der Ostdeutschen – in Richtung Osten. Denn die Zukunft liegt ostwärts.

Der Weg ist offen für eine Europäische Union, die am 1. Mai 2004 zehn Mitglieder mehr zählt: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Bevor die Union der 25 Realität wird, sind noch wenige, aber wichtige Schritte nötig. Die Verhandlungen sind zwar abgeschlossen, doch die Modalitäten müssen noch

mit jedem Beitrittsland in einem Vertrag verankert werden. Die Verträge müssen dann vom Europäischen Parlament, von den Mitgliedstaaten und von den jeweiligen Beitrittsländern ratifiziert werden. Dabei sind die Volksabstimmungen, die die Beitrittsländer im Frühling 2003 organisieren werden, wichtige Etappen.

Brandenburg gehört zu den Regionen der Europäischen Union, für die die Erweiterung ein Wendepunkt sein wird, da es dann seine Randlage verliert. Das Wort „Wende“ benutze ich in voller Absicht mit einem Verweis auf die Wende, die seit 14 Jahren mit dem Fall der Mauer und des „Eisernen Vorhangs“ verbunden ist. Brandenburgs Lage als ostdeutsche Grenzregion unterscheidet sich sehr grundlegend von der Situation der westdeutschen Grenzregionen. Mit dem Blick unserer eigenen Identität betrachten wir die Erweiterung der EU, um zu einer notwendig eigenen Vorgehensweise zu gelangen.

Brandenburg und Polen haben eine gemeinsame Grenze von rund 250 km

Länge. Und diese ist in vielerlei Hinsicht eine recht schwierige Grenze, denn sie trennt nicht nur Polen und Brandenburg. Entstanden durch einen von Deutschen angezettelten Krieg, der die Vernichtung Polens zum Ziel hatte, bitter bezahlt auf deutscher und polnischer Seite mit Millionen von Toten und mit dem Elend der Vertreibung, mit dem lähmenden Gift des Ressentiments, bis heute auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Grenze noch virulent, und befördert vom mangelnden

Wissen über den jeweiligen Nachbarn auf der anderen Oderseite. Stereotype und Vorurteile bestimmen noch immer viel zu sehr das gegenseitige Bild. Die verbreitete Ungewissheit über die Chancen und Risiken, die der EU-Beitritt Polens mit sich bringen wird, verstärkt zudem die Unsicherheit in der Bevölkerung und vergrößert die Abneigung und die Ängste auf beiden Seiten. Bestenfalls vergrößert sie das Desinteresse und die Gleichgültigkeit.

Die größte Angst: die Polen kommen!

Viele Ostdeutsche haben Angst vor einer massiven Einwanderung ihrer polnischen Nachbarn. Es mag vielleicht nicht beruhigend sein, aber diejenigen Polen, die tatsächlich vorhaben, sich dauerhaft in Deutschland anzusiedeln, sind mit einiger Sicherheit schon längst hier. Polnische Arbeitskräfte sieht man in Ostdeutschland seit längerem, insbesondere natürlich als Saisonarbeiter. Andererseits sind viele deutsche Unternehmen auch schon seit Jahren auf dem polnischen Markt. Schon länger gibt es mit Polen Handelsverhältnisse, die Freihandelszonencharakter entsprechen. Seit Jahren gibt es keine Visumpflicht für polnische Staatsbürger. Polnische Arbeitnehmer können schon heute in einem

Grenzstreifen von 50 km Tiefe eine unbefristete Arbeitserlaubnis erhalten. Voraussetzung ist, dass kein Deutscher für eine entsprechende Stelle geworben werden kann und dass die Pendler einen Wohnsitz in Polen haben, zu dem sie täglich oder an den Wochenenden zurückkehren. Diese polnischen Arbeitnehmer sollen nach deutschem Tarif- und Sozialversicherungsrecht bezahlt werden. Für das Weiterfunktionieren des Gesundheitssektors (Krankenhäuser, Pflegepersonal) ist diese Möglichkeit sehr wichtig.

So gesehen drängt sich der Eindruck auf, dass die EU-Osterweiterung mit dem Beschriebenen schon zu großen Teilen vorweggenommen ist. Was kommt noch auf uns zu?

Nochmal zur Frage, warum sich polnische Zuwanderer in Brandenburg niederlassen sollten: Wenn sie denn noch in größerer Zahl kommen, werden sich die Zuwanderer zum größten Teil vermutlich nicht in Brandenburg niederlassen, denn die Arbeitsmarktlage der Region ist momentan zu wenig attraktiv. Neben der geographischen Nähe haben nämlich auch Lohnhöhe, Arbeitslosenquote und Beschäftigungschancen Auswirkungen darauf, wohin sich Zuwanderer wenden. Im Vergleich zum Westen Deutschlands ist die Lohnhöhe in Brandenburg niedriger, die Arbeitslosenquote höher und die Beschäftigungschancen geringer. Was in Brandenburg hingegen größere Probleme bereiten könnte, sind polnische Tages- und Wochenpendler, denn für diese ist die geographische Nähe ausschlaggebend. Aufgrund der niedrigeren Lebenshaltungskosten in Polen und des hohen

Lohngefälles könnte vielen ein Wohnsitz in Polen und ein Arbeitsplatz in Deutschland als sehr attraktiv erscheinen. Allerdings ist das Potential der Grenzgänger von Grenzregion zu Grenzregion sehr unterschiedlich: Es variiert je nach Bevölkerungsdichte, Wirtschaftslage und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Für einige grenznahe Städte wie Frankfurt (Oder) oder Cottbus ist ein überdurchschnittlich höheres Pendleraufkommen zu erwarten. Dieses trifft jedoch weniger auf das ländliche Brandenburg zu.

Bedingt durch die Erweiterung werden sich in Polen die Löhne rascher erhöhen, sodass der Anreiz zu einer illegalen Beschäftigung in Brandenburg sinken wird. Die Erweiterung ermöglicht darüberhinaus eine bessere Zusammenarbeit der Polizeikräfte und eine Angleichung der Rechtsvorschriften, sodass illegale Einwanderung besser kontrollierbar ist.

Mehr Mut und Zuversicht - Angst ist ein schlechter Ratgeber!

Im letzten Jahr haben 111.000 vorwiegend junge Deutsche, überwiegend Arbeiter mit ihren Familien, ihr Land verlassen, weil dieses ihnen keine angemessenen Lebenschancen bietet. Bevorzugte Ziele sind Skandinavien und die Niederlande. Diese jungen Leistungsträger bringen alles mit, was der Arbeits-

markt verlangt: sie sind extrem flexibel, leistungsstark und in der Regel gut ausgebildet. Deshalb sind sie im Ausland begehrt. Ein solcher Brain drain ist, wie wir wissen, keineswegs auf Entwicklungsländer beschränkt. Ein Verlust an Leistungspotenzial ist für jede Gesellschaft von erheblichem Risiko. Dieses

steigt, wenn gleichzeitig eine Abschottung gegenüber Zuwanderung von außen in irrationaler Weise aufrecht erhalten wird, so dass es kein Ausgleichspotenzial gibt. Trotz dieser Zusammenhänge sind Befürchtungen und Ängste vor „Überflutung“ durch ausländische Konkurrenz auf unserem angespannten Arbeitsmarkt vorherrschend.

Das ist der Grund, weshalb die Europäische Union auf Druck der Mitgliedstaaten, die es wünschten, die Möglichkeit geschaffen hat, bis zu sieben Jahre lange Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit einzurichten. Ist diese Möglichkeit für Brandenburg wirklich nur von Nutzen? Wenn ostdeutsche Firmen die Chancen der Vergrößerung ihres Absatzmarktes nutzen wollen, ist die Anstellung polnischer Arbeitskräfte, die die Sprache und die Geschäftsverfahren beherrschen, von großem Wert. Bestimmte Unternehmen sind von der bis zu sieben Jahre geltenden Übergangsfrist eher behindert als geschützt. Wenn wir polnische Zuwanderer rigoros zurückweisen, könnte es zudem sein, dass andere sie umso bereitwilliger aufnehmen. Erst viel später wird diese Rechnung zu begleichen sein.

Die Vorstellung, dass sich Polen massenhaft auf die Reise begeben, um in Deutschland sesshaft zu werden, ist zwar geeignet, um anti-polnische Res-

sentiments zu schüren – und in sofern ein Mittel konservativer und vor allem aber rechtsradikal motivierter Politik – realistisch ist sie nicht. In den 80er Jahren zeigten die Beispiele Spaniens und Portugals, dass mühsam ausgehandelte Übergangsfristen in kurzer Zeit obsolet wurden. Um die öffentliche Meinung zu beruhigen und der zielgerichteten Desinformation entgegenzuwirken, sind dennoch Übergangsfristen vereinbart worden. Es steht allerdings infrage, ob diese in der Sache zielführend und geeignet sind, die Stimmung positiv zu beeinflussen.

Was den Dienstleistungssektor betrifft, so wurden Deutschland und Österreich von der Europäischen Union die Möglichkeit eingeräumt, flankierende nationale Maßnahmen zur Bekämpfung von Störungen auf dem Arbeitsmarkt in bestimmten sensiblen Dienstleistungssektoren zu erlassen. Es geht hier insbesondere um den Bau- und Reinigungssektor.

Die Konkurrenz auf dem Bausektor wird voraussichtlich wachsen. Die eigentlichen Schwierigkeiten aber sind zum größten Teil struktureller Art. Der Anteil des Bausektors an der gesamten Wirtschaft in Brandenburg lag im Jahre 2000 mit 14,5% immer noch doppelt so hoch, wie das für ganz Deutschland (7,1%) der Fall ist. Hier muss sich Brandenburg weiterhin anpassen, ob

mit oder ohne EU-Erweiterung. Was die polnische Konkurrenz angeht, gilt hier wie in allen Bereichen der Wirtschaft die gleiche Bemerkung: bei Standardleistungen haben polnische Bauunternehmen angesichts von Lohnunterschieden gegenüber den Brandenburger Anbietern Wettbewerbsvorteile. Bei Leistungen, die hochqualifizierte Arbeitskräfte verlangen, haben aber die ostdeutschen Firmen einen Vorteil.

Die gültigen Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit hinterlassen gespaltene Gefühle. Einerseits dürfen Ängste der Menschen nicht einfach übergangen werden. In dieser Hinsicht sind flexible Übergangfristen eine Antwort auf diese Ängste. Andererseits sind diese Fristen geeignet, breitere negative Einstellungen gegenüber der Erweiterung zu befestigen und zu verstärken, weil sie der Angst nachgeben und sie so indirekt bestätigen.

Wer Chancen nicht nutzt, überlässt sie anderen!

Die Erweiterung stellt zweifellos eine Chance für Brandenburg dar: neue wirtschaftliche Perspektiven, die Möglichkeit einer intensiveren wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und ein einfacherer Austausch mit dem Nachbarn in Bereichen wie Justiz und Polizei. Die Erweiterung rückt die Region vom Rand mitten ins Zentrum Europas. Brandenburg ist damit nicht mehr das „östliche Ende“ der Europäischen Union und kann seine entwicklungshemmende Randlage hinter sich lassen. Der Binnenmarkt erweitert sich mit dem Beitritt der MOE-Länder nach Osten. Damit fallen Handelsbeschränkungen, und die Zahl möglicher Verbraucher in unmittelbarer Nähe steigt schlagartig

an. Für die brandenburgischen Unternehmen entsteht damit die Möglichkeit, durch grenzüberschreitende Kooperationen zu wachsen und sich weiterzuentwickeln.

Nicht übersehen werden darf außerdem die Tatsache, dass die Reformen und der Modernisierungsprozess in Polen, von dem Brandenburg schon heute kräftig profitiert, ohne Aussicht auf den EU-Beitritt wahrscheinlich weniger stringent und weniger konsequent durchgeführt worden wären. Das Wirtschaftswachstum und die Importnachfrage wären sehr viel langsamer gestiegen und das Wohlstandsgefälle an der Ostgrenze Brandenburgs größer als es noch immer ist. Der Wunsch nach Einwanderung nach

Deutschland wäre sicher auch größer und das Problem der illegalen Einwanderung würde noch größere Schwierigkeiten bereiten, genauso wie die grenzüberschreitende Kriminalität (die Zeiten, wo viele Deutsche in beleidigender Weise dachten, die Polen kämen nur, um hier zu klauen, sind hoffentlich ein für allemal vorbei). Polen wäre bei weitem instabiler. Die wirtschaftliche Kooperation, die nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union noch sehr viel weiter ausgebaut werden kann, wäre sehr viel weniger profitabel. Insgesamt wären die Kosten einer Nicht-Erweiterung sehr viel höher als die Kosten, die auf Brandenburg als Folge des polnischen EU-Bei-

tritts zukommen werden. Letztere sind eher kurzfristig. Langfristig betrachtet, ergeben sich für Brandenburg überwiegend Vorteile aus der Erweiterung.

Aber: Chancen müssen genutzt werden – nur dann werden daraus positive Fakten. Mit der Erweiterung hat Brandenburg die Möglichkeit, sich neu zu positionieren. Das Land und wir, die Brandenburger, müssen alles tun, um diese historische Chance wahrzunehmen – im doppelten Sinne der Bedeutung dieses Wortes. Noch haben wir die Zeit für diesen Wendepunkt, um uns vorzubereiten und einen eigenen Weg zu finden, der unserer speziellen Situation als ostdeutsche Grenzregion entspricht.

Aus Chancen positive Ergebnisse machen!

Zugespielt: Selbst Gegnern der EU-Erweiterung bleibt am Ende nichts anderes, als die daraus resultierenden Chancen zu nutzen. Eine positive Einstellung gegenüber diesem Ereignis und dem polnischen Nachbarn ist dabei entscheidend. Dazu müssen wir uns auch unserer eigenen Vorteile bewusst werden.

Die wirtschaftlichen Vorteile der Brandenburger im Hinblick auf die Erweiterung sind von zweierlei Art: infrastrukturell gegenüber den polni-

schen Nachbarn und kulturell gegenüber den westdeutschen Investoren. Die Verkehrs-, Telekommunikations-, Energie-, Entsorgungsinfrastrukturen sind in Brandenburg weitaus besser als beim polnischen Nachbarn. Wenn ein Investor sich für einen Standort entscheiden muss, sind solche Vorteile wichtige Argumente für seine Wahl. Außerdem ist in Polen der bürokratische Aufwand für ausländische Investoren noch sehr hoch und die Sprache ist für viele Unternehmen nach wie vor

eine große Hürde. Im Hinblick auf die Erweiterung hat Brandenburg als grenznaher Standort für Unternehmen durchaus eine gute Perspektive.

Gegenüber den westdeutschen Investoren haben brandenburgische Firmen Vorteile kultureller und historischer Art, wenn sie diese mit Bedacht nutzen. Die Ostdeutschen haben mit ihren polnischen Nachbarn aus der Zeit des „Eisernen Vorhangs“ eine gemeinsame Vergangenheit. Es gibt durchaus ähnliche Erfahrungen, sei es im Alltags- oder im Geschäftsleben. Wenn wir uns auf diese gemeinsame Geschichte beziehen, sollten wir allerdings bedenken, dass unsere polnischen Nachbarn in ihrer übergroßen Zahl die realsozialistische Vergangenheit fast ausschließlich negativ sehen. Der Versuchung der politischen Nostalgie sind die Polen bislang nicht erlegen. Gleichwohl haben polnische und ostdeutsche Unternehmer mehr gemeinsam, als ihnen vielfach bewusst ist.

Wer noch vor der Wende eine Firma gegründet hat, hat die Schwierigkeiten mit der sozialistischen Bürokratie bestimmt nicht vergessen. Nach der Wende haben wir – wie auch unsere polnischen Nachbarn, und bald wird ihnen dies noch stärker abverlangt – äußerste Anpassungsfähigkeit gezeigt unter den Spielregeln des internationalen Wettbewerbsdruck mit allen Folgen für den Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit. Die

Aufregung aber auch die Angst, die mit der Öffnung zum Weltmarkt verbunden sind, kennen auch unsere polnischen Nachbarn: neue Marktchancen, aber auch neue Konkurrenten. Während wir uns mit der Erweiterung der Europäischen Union vor einer massiven Einwanderung fürchten und auf die Verschiebung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit bestanden, befürchten unsere polnischen Nachbarn, dass ausländische (vornehmlich deutsche) Investoren ihre Landflächen billig kaufen und richteten ihrerseits ebenfalls Übergangsfristen ein. Ängste trennen, aber sie verbinden auch. Diese Gemeinsamkeiten erleichtern es auch, einen eigenen ostdeutschen Weg für gemeinsame Geschäftsbeziehungen zu finden.

Diese Chance werden wir nur ergreifen können, wenn wir über die Grenze blicken. Infrastrukturelle Vorteile allein werden allerdings nicht ausreichen, um Investoren zu gewinnen. Deshalb sollten wir in der Zusammenarbeit neben unseren infrastrukturellen Vorteilen auch unser Know-how und ein nachdrückliches Interesse für die Kultur und Geschichte unserer polnischen Nachbarn einbringen. Eine solche Öffnung mag dann in einigen Jahrzehnten durchaus auch zu freundschaftlichen Emotionen führen, wenngleich Freundschaften sich zwischen Menschen und weniger zwischen Völkern entwickeln.

Die Zukunft liegt ostwärts

Vor dem ökonomischen Erfolg steht die kulturelle Begegnung. Die gegenseitige Akzeptanz und die Entwicklung gemeinsamer Interessen ist die Bedingung für eine anhaltende erfolgreiche Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen. Akzeptanz ist die Voraussetzung der Gleichberechtigung und der Gleichwertigkeit.

So wie zwischen Deutschen und Franzosen, sollte zwischen Deutschen und Polen gelten, dass man selbstverständlich französische (bzw. polnische) Waren kauft – vom Käse über Wein bis zum Benzin und Auto – ohne dass dies als problematisch empfunden wird. Welche polnischen Waren sind 14 Jahre nach der Wende im deutschen Konsumentenbewusstsein? Und welche deutschen im polnischen? Frankreich und Deutschland sind jeweils die größten innereuropäischen Handelspartner. Was eine ähnliche Entwicklung zwischen Polen und Deutschland für Brandenburg bedeuten würde, kann nicht positiv genug eingeschätzt werden.

Bekanntermaßen bilden die mangelnde Kenntnis der Geschichte und der Traditionen eines Landes den Nährboden für Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung der anderen Kultur. In einem immer mehr zusammenwachsenden Europa müssen intensive

Zusammenarbeit und Begegnungen zwischen Deutschen und Polen daher zur Normalität werden.

Die wirksamste Methode, sich über die benachbarte Kultur zu informieren und Verständnis für sein Gegenüber zu entwickeln, ist es, persönliche Erfahrungen mit dem Nachbarn und dessen Bräuchen und Gepflogenheiten zu sammeln. Hierfür muss die Möglichkeit des gegenseitigen Austausches gegeben sein. Da insbesondere offene Grenzen eine wichtige Voraussetzung dafür bilden, dass Menschen schneller und einfacher zusammenkommen können, erweist sich die derzeitige Situation für eine Zusammenarbeit in der polnisch-brandenburgischen Grenzregion immer noch als schwierig. Oder und Neißة bilden nicht nur die Trennungslinie zwischen unseren Städten und zwei Ländern, sondern sie sind auch ein natürliches Hindernis für einen Informationsfluss, der die Nachbarn über einander aufklärt. Die härteste Sprachgrenze Europas tut hier ein Übriges.

Die Sprachbarrieren zu überwinden dürfte die Aufgabe von Generationen sein. Damit kann man nicht früh genug beginnen. Es ist in diesem Zusammenhang sicher für alle bedauerlich, wenn im grenznahen Raum auf deutscher Seite die Zahl der zur Verfügung stehen-

den Kita-Plätze in deutschen Einrichtungen die Nachfrage polnischer Eltern in der Regel bei weitem nicht befriedigen kann. Aber es ist ein deutliches Zeichen von Desinteresse der deutschen Seite, wenn die in Polen für deutsche Kinder angebotenen Plätze nur zu

einem sehr geringen Teil von deutschen Eltern in Anspruch genommen werden. „Die Deutschen auf der anderen Seite der Grenze scheinen nichts von ihrer Zukunft wissen zu wollen!“ – diesem Satz einer polnischen Erzieherin ist dann nur schwer zu widersprechen.

Auf dem Weg zu Euroregionen

Ich kann die zahlreichen Initiativen, die in den letzten Jahren auf beiden Seiten der Oder entstanden sind, nur begrüßen, sei es im wirtschaftlichen, im kulturellen Bereich oder in anderen: Die Arbeit der Euroregionen, die Europa-Universität Viadrina, Initiativen in den Kitas und Schulen, die Deutsch-Polnische Wirtschaftsgesellschaft, die Twinningprojekte der Verwaltung, die polizeiliche Zusammenarbeit usw. Aber ich weiß, dass noch sehr viel Wasser die Oder hinunter fließen wird, bis wir den Nachbarn als Partner und nicht nur als Konkurrent wahrnehmen. Nur eine positive Einstellung wird uns ermöglichen, die Chancen der Erweite-

rung in positive Ergebnisse zu verwandeln.

Statt mit dem Rücken zur Oder und der Fixierung auf den Westen als der Himmelsrichtung, aus der das Heil und die Lösung aller Probleme zu erwarten ist, müssen wir uns freimachen für die Begegnung mit unseren Nachbarn im europäischen Osten, namentlich mit den Polen. *Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann* - in Anspielung an dieses Bonmot von Francis Picabia sage ich: Wir brauchen eine mentale Wende in Richtung Osten, damit das europäische Projekt – und damit Brandenburg – wachsen und gedeihen kann.

Norbert Glante,

Mitglied des Europäischen Parlaments – SPE-Fraktion

„Junge Freiheit“-Autoren und ihr politisches Umfeld

von Anton Maegerle

Der Mai 1986 war das Geburtsdatum der ersten Ausgabe der „Jungen Freiheit“ in Stegen bei Freiburg. Das Blättchen mit 8 Seiten im DIN-A-5-Format erschien alle zwei Monate in einer Auflage von 400 Exemplaren. 1994 wechselte die JF zum wöchentlichen Erscheinen. Die Auflage der rechtsintellektuellen Wochenzeitung, deren Redaktions-sitz sich nunmehr in Berlin befindet, liegt laut Verfassungsschutzbericht aus Nordrhein-Westfalen bei ca. 10.000 Exemplaren. Bis 1996 gehörten politische „Leserkreise“ zum JF-Umfeld, von denen sie sich jedoch wegen allzu offensichtlicher rechtsextremer Tendenzen distanzierte. Veröffentlicht werden in der JF Beiträge sowohl von bundesdeutschen und ausländischen Rechtsextremisten als auch von Autoren aus dem rechtskonservativen Lager. In zahlreichen Beiträgen wird nach Erkenntnissen des baden-württembergischen Verfassungsschutzes versucht, „dem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat die Legitimation abzuspochen.“ Eine tragende Rolle spielt der Rekurs auf die antidemokratische „Konservative Revolution“ zur Zeit der Wei-

marer Republik und auf den Staatsrechtler Carl Schmitt. Angestrebt wird die Vernetzung der „patriotischen“ Kräfte in der Bundesrepublik, um eine publizistische, rechtsintellektuelle Subkultur zu schaffen. Besonders geschätzt sind bei den JF-MacherInnen Interviews mit Politikern aus demokratischen Parteien. Die Liste der renommierten Politiker, besonders aus den Reihen der CSU und der FDP, die sich der JF als Interviewpartner zur Verfügung gestellt haben, deutet auf einen wachsenden Akzeptanzgewinn hin. Geschickt strebt die JF nach einer Diskursfähigkeit im politischen Raum und dem Aufbau einer Transferinstanz zwischen etablierter Politik und ultrarechtem Spektrum. Damit trägt die JF dazu bei, die Abgrenzung zwischen dem rechtskonservativen und rechtsextremen Lager aufzuweichen. Den JF-MacherInnen ist es gelungen, erfolgreich die Bannmeile des rechtsextremen Spektrums zu durchbrechen und eine Klammer zwischen gemäßigten und extremen Rechten zu bilden.

Die „Junge Freiheit“ ist in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg

Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

Eine Analyse der politischen Aktivitäten der JF-Autorenschaft des Jahres 2002 dokumentiert, dass zahlreiche Autoren sich offen im rechtsradikalen

und rechtsextremen Spektrum tummeln. Ebenso erscheinen in der JF immer wieder Anzeigen aus der rechtsradikalen und rechtsextremen Parteien- und Verlagslandschaft.

Dieter Bartling (Jg. 1928)

Chemiker, JF-Autor

Autor in der rechtsextremen Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG); Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“; B. bezeichnete sich 1994 selbst als „väterlicher Freund“ des Holocaustleugners Germar Rudolf, als dieser u.a. wegen Volksverhetzung von dem Stuttgarter Landgericht angeklagt war. Rudolf ist der bekannteste deutsche Revisionist.

Alain de Benoist (Jg. 1943)

Journalist, Ständiger JF-Mitarbeiter

Einer der Vordenker der „Nouvelle Droite“ („Neue Rechte“) in Frankreich; Buchautor des rechtsextremen „Grabert-Verlages“; Autor in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“; Referent bei der rechtsextremen Münchner „Burschenschaft Danubia“. Kernelement der Ideologie von Benoist, der im bundesdeutschen Rechtsextremismus als Ideologe und Strategie geschätzt wird, ist die „ausdrückliche Anerkennung der Ungleichheit und Unterschiedlichkeit der Menschen“. Benoist, dem ein von einer naturgegebenen, hierarchisch geordneten Elite geführter Staat vorschwebt, bekämpft ebenso die „jüdisch-christliche Tradition“.

Lothar Groppe (Jg. 1927)
Militärpfarrer a. D., JF-Autor

Unterzeichner eines Solidaritätsappells für den „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM); Autor in der neurechten Vierteljahresschrift „Criticon“; in der rechtsextremen Monatspostille „Der Schlesier“; Referent bei der rechtsextremen „Freien Deutschen Sommerakademie“

Klaus Hornung (Jg. 1927)
ehem. Professor für Politikwissenschaft,
Ständiger JF-Autor

Präsident des umstrittenen „Studienzentrums Weikersheim“; Autor des rechtsextremen „Hohenrain-Verlages“; Autor in „Criticon“; Autor des rassistischen „Schutzbundes für das deutsche Volk“; Referent beim rechtsextremen „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen“

Albrecht Jebens (Jg. 1946)
Historiker, JF-Autor

bis 1997 Geschäftsführer des „Studienzentrums Weikersheim“; Vorstandsmitglied der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“; Mitglied des ehrenamtlichen Beirats des rechtsextremen „Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Trakehnen“; einer der Führungsköpfe der rechtsradikalen „Deutschen Studiengesellschaft“; Autor in der Reihe „Junges Forum“ des rechtsextremen „Verlages Deutsch-Europäische Studien GmbH; Referent beim rechtsextremen „Cannstatter Kreis“; Referent beim rechtsextremen „Deutschen Seminar“; Autor in „Criticon“; Autor des „Hohenrain-Verlages“

Hans-Helmuth Knütter (Jg. 1934)
ehem. Professor für Politikwissenschaft,
Ständiger JF-Mitarbeiter

Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ („Die Entartung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zur antifaschistisch-volksdemokratischen Herrschaft“); Referent beim rechtsextremen „Cannstatter Kreis“ („Immunisierung gegen linke Volksverhetzer – Angriff statt Verteidigung!“); Referent beim rechtsextremen Verein „Die Deutschen Konservativen“; Referent bei der „Burschenschaft Danubia“; Autor in „Criticon“; Autor in der FP(tm)-nahen Monatszeitschrift „Aula“; Buchautor des „Hohenrain-Verlages“. Im April 2001 äußerte Knütter beim GFP-Jahreskongress: „Diese jüngeren Leute werden sich, wie Jüngere das tun können, mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen, und das ist gut, das ist hervorragend. Die Älteren können aber auch etwas tun. Man wird auch den hier Anwesenden aufgrund des Alters wohl kaum zumuten können, sich an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen. Aber was sie tun können, ist natürlich: Geld sammeln, Aktionen ermöglichen.“

Feindobjekt von Knütter ist der Verfassungsschutz: In der „Jungen Freiheit“ schreibt er: „Die Verfassungswirklichkeit stellt sich immer mehr als Verrat am Verfassungstext heraus. Dieser verderbten Verfassungswirklichkeit kann keine Loyalität entgegengebracht wer-

den. Die wahren Verfassungsfreunde sind also nicht die Etablierten. Auch jene Behörde, die sich hochtrabend >Verfassungsschutz< nennt, schützt nicht den Wortlaut der Verfassung, sondern die Positionen des Etablissemment. Gegen diese Feinde des Wortlauts und des Sinnes der Verfassung ist Widerstand dringend erforderlich.“

Steffen Königer (Jg. 1972)
JF-Redakteur

Landtagskandidat des rechtsradikalen „Bundes Freier Bürger“ bei der Landtagswahl in Brandenburg 1999

Heinrich Lummer (Jg. 1932)
Ex-Innensenator von Berlin, Ständiger
JF-Mitarbeiter

Ehrenvorsitzender des Vereins „Die Deutschen Konservativen“; Interviewpartner der Parteizeitung „Der Republikaner“ und des rechtsextremen Blattes „Freiheit Wattenscheid“; Buchautor („Deutschland soll deutsch bleiben“) des „Hohenrain-Verlages“; Autor in „Criticon“; Referent bei der „Burschenschaft Danubia“;

Klaus Kunze (Jg. 1953)
Rechtsanwalt, JF-Autor

Kunze wird namentlich im Kapitel „Rechtsextremistische Bestrebungen“ im Verfassungsschutzbericht des Bundes 1996 erwähnt. Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“; Referent beim Verein „Die Deutschen Konservativen“; Autor in der Reihe „Deutsche Geschichte“ der „Verlagsgesellschaft Berg“; ehemals Landtagskandidat der Republikaner in Niedersachsen

Günter Maschke (Jg. 1943)
Schriftsteller und Privatgelehrter, JF-
Autor

Apologetischer Deuter der Werke des Staatsrechtlers Carl Schmitt;

Autor in der rechtsextremen Zeitschrift „Elemente“; Autor in dem 1998 im rechtsextremen „Arndt-Verlag“ erschienenen Sammelband „Wagnis Wahrheit“, einer Festschrift für den Holocaustleugner David Irving. In einem JF-Interview bekannte Maschke, er sei „ein Verfassungsfeind“: „Ja. Denn das Grundgesetz ist halb Oktroi, halb ein Produkt von Kollaborateuren der Sieger.“

Andreas Mölzer (Jg. 1952)
Journalist, Ständiger JF-Mitarbeiter

Chefredakteur und Herausgeber der rechtsradikalen Wochenzeitung „Zur Zeit“, dem österreichischen Pedant zur „Jungen Freiheit“; von 1983 bis 1991 Schriftleiter der Monatszeitschrift „Aula“; von 1990 bis 1994 Leiter des „Freiheitlichen Bildungswerkes“ der FPÖ; später Grundsatzreferent von Jörg Haider und kulturpolitischer Berater von Haiders Landesregierung in Kärnten. 1997 referierte Mölzer auf Einladung der baden-württembergischen Landtagsfraktion der Republikaner in Stuttgart. Buchautor der rechtsextremen „Verlagsgesellschaft Berg“, Autor des „Hohenrain-Verlages“; Referent beim rechtsextremen „Kulturwerk österreich“;

Referent beim Verein „Die Deutschen Konservativen“ und der „Gesellschaft für freie Publizistik“. Im Oktober 2002 referierte Mölzer neben Franz Schön-

huber auf einer gemeinsamen Vortragsveranstaltung von den „Nation + Europa-Freunden“, der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) und der GFP.

Klaus Motschmann (Jg. 1934)
*ehem. Professor für Politikwissenschaft.,
Ständiger JF-Mitarbeiter*

Interviewpartner im Parteiorgan „Der Republikaner“; Autor des „Hohenrain-Verlages“; Autor in „Criticon“

Heinz Nawratil (Jg. 1937)
Jurist, JF-Autor

Referent bei der „Burschenschaft Danubia“; Autor in der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“, in der Reihe „Deutsche Geschichte“ und in „Criticon“; Autor des „Hohenrain-Verlages“

Werner Olles (Jg. 1942)
Bibliotheksangestellter, JF-Stammautor

Autor in „wir selbst“, „Eckartbote“, „Criticon“, „Nation + Europa“

Philip Plickert
Student, JF-Autor

vormals Landesvorstandsmitglied der bayrischen „Jungen Freiheitlichen“, der Jugendorganisation des „Bundes Freier Bürger“; Autor in „Criticon“

Walter Post (Jg. 1954)
Historiker, JF-Autor

Referent bei den NS-apologetischen „Kärtner Kulturtagen“ und dem rechts-extremen „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“ (DKeG); Referent bei der Waffen-SS-treuen HIAG Stuttgart; Referent beim „Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen“; Referent beim rechts-extremen „Arbeitskreis für deutsche Politik“; Autor in der „Aula“ und in „Criticon“; Buchautor des „Pour le Merite-

Verlages“; der rechtsextreme „Arndt-Verlag“ vertreibt einen Videofilm mit einem Post-Vortrag; Interviewpartner im Parteiorgan „Der Republikaner“

Alfred Schickel (Jg. 1933)
Historiker, Ständiger JF-Mitarbeiter

Leiter der revisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI); wird im bayrischen Verfassungsschutzbericht 1997 als „Revisionist im weiteren Sinn“ charakterisiert; der rechtsextreme „Arndt-Verlag“ vertreibt einen Schickel-Vortrag auf Video; Referent beim „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes“ (DKeG); Autor in „Criticon“, „Code“ und „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“

Josef Schüsslburner (Jg. 1954)
Regierungsdirektor im Bundesverkehrsministerium, JF-Stammautor

Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“; bei der „Freien Deutschen Sommeruniversität“; Autor in den „Staatsbriefen“, „Deutsche Geschichte“ „Criticon“, „Zur Zeit“, „Aula“; pflegt enge Kontakte zum „Friedenskomitee 2000“ / „Deutschland-Bewegung“ des Rechtsextremisten Alfred Mechtersheimer

Thorsten Thaler (Jg. 1963)
Journalist, JF-Redakteur

vormals Fraktionsgeschäftsführer der Republikaner im Abgeordnetenhaus von Berlin, später Pressesprecher des Berliner Landesverbandes seiner Partei, danach Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH); Autor in „Nation + Europa“ und „Criticon“

Horst Rudolf Übelacker (Jg. 1936)
Bundesbank-Direktor a.D., JF-Autor

Vorsitzender des revanchistischen „Witikobundes“; Autor in „Opposition“, „Eckartbote“, „Aula“, „Zur Zeit“; Autor des „Hohenrain-Verlages“ und Buchautor des „Grabert-Verlages“; Referent beim „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (AfdP); Referent bei der rechtsradikalen „Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (PHE)

Franz Uhle-Wettler (Jg. 1927)
Generalleutnant a.D., JF-Stammautor

Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ und der „Burschenschaft Danubia“; Autor der rechtsextremen „Verlagsgesellschaft Berg“ und Buchautor des „Hohenrain-Verlages“; Autor in „Criticon“ und der Reihe „Deutsche Geschichte“. 1995 informierte der Berliner Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht über die Referententätigkeit von Uhle-Wettler bei der rechtsextremen „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“.

Michael Walker (Jg. 1954)
Journalist, JF-Gelegenheitsautor

Herausgeber der rechtsextremen britischen Zeitschrift „The Scorpion“; ehemals Mitglied der „National Front“ (NF) und ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Elemente“

Karlheinz Weißmann (Jg. 1959)
Historiker, JF-Stammautor

Einer der führenden Theoretiker der „Neuen Rechten“; Gründungsmitglied und führender Kopf des vom nordrhein-westfälischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachteten „Instituts für Staatspolitik“ (IfS); Weißmann wurde

1996 bekannt, als der Berliner Verlag Ullstein/Propyläen einen umstrittenen Band von ihm aus dem Programm nahm. Historiker hatten in dem Buch die Verharmlosung des Dritten Reiches festgestellt. Ein Jahr zuvor gehörte Weißmann der „Initiative 8. Mai“ an, die sich gegen eine „einseitige“ Darstellung des 50. Jahrestages des Kriegsende als Tag der Befreiung richtete.

Stefan Winckler (Jg. 1967)
freier Publizist, JF-Gelegenheitsautor

Autor in „Criticon“; Mitglied des „Studienzentrums Weikersheim“ (SZW); verantwortlich für die „Bibliographie zum Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ auf der Homepage des Rechtsextremisten Hans-Helmut Knütter; gemeinsam mit diesem Herausgeber des Sammelbandes „Der Verfassungsschutz“. Autoren wie Kunze und Schüsslburner attackieren darin den Verfassungsschutz als „Etabliertenschutz“.

Claus-Michael Wolfschlag (Jg. 1966)
Historiker und Politologe,
JF-Stammautor

Referent bei der „Burschenschaft Danubia“ („Antifaschismus - Terror von links“); Autor des neuheidnisch ausgerichteten „Arun-Verlages“, des „Eckartboten“, „wir selbst“, „Zeitenwende“; Referent bei den „Europäischen Synergien“

Günter Zehm (Jg. 1933; alias Pankraz)
Philosophieprofessor an der Friedrich-
Schiller-Universität Jena,
Ständiger JF-Mitarbeiter

Referent bei der „Burschenschaft Danubia“; Autor in dem 1998 im rechts-extremen „Arndt-Verlag“ erschienenen Sammelband „Wagnis Wahrheit“, einer Festschrift für den Holocaustleugner David Irving. In der JF schreibt Zehm: „Der Holocaust ist an die Stelle Gottes getreten. Über das >hohe C< im Namen von Parteien darf man spotten, aber an den Holocaust muss man glauben; wer Zweifel erkennen lässt, verschwindet hinter Gittern.“ Zehm ist Unterzeichner der Solidaritätskampagne für den neu-rechten Historiker Rainer Zitelmann.

Rechtsradikale und rechtsextreme Anzeigen in der Jungen Freiheit (2002)

Burschenschaft Danubia
Institut für Staatspolitik
Deutschland-Bewegung
Kolbenheyer-Gesellschaft
Deutsch-Europäische Studiengesellschaft
Die Deutschen Konservativen
Freiheitliche Deutsche Volkspartei
Kreis- und Landesverbände der Republikaner
Nation + Europa
Buchversand Rüggeberg
Unabhängige Nachrichten
Verlag und Antiquariat Uwe Berg
Verlag Hohe Warte GmbH
Verlag Zeitenwende

Glossar

Arndt-Verlag

Der Arndt-Verlag (Kiel) des Rechtsextremisten Dietmar Munier gilt in Kreisen des Verfassungsschutzes als einer der bekanntesten rechtsextremen Verlage in der Bundesrepublik. Das Programm des Verlages umfasst auch revisionistische Werke, insbesondere des britischen Holocaustleugners David Irving. Eine Besonderheit im Angebot des Verlags sind die Videos mit Vorträgen bekannter Rechtsextremisten.

Appell der 100

Die Unterzeichner des „Appells“ werfen der Justiz vor, sie schränke mit ihrem Vorgehen gegen Vertreter kritischer Meinungen zur Zeitgeschichte (gemeint ist der Holocaust) die Freiheit der Meinung, Forschung und Lehre ein. Der Verfassungsschutz wertet den „Appell“ als „revisionistische Agitation“.

Arbeitskreis für deutsche Politik (AfdP):

Eine weniger bedeutende rechtsextreme Gruppierung in Norddeutschland, die vorwiegend Wochenendseminare durchführt.

Arun-Verlag

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen stuft den „Arun-Verlag“ als rechtsextrem ein. Der Verlagsinhaber war früher in der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ aktiv. Das Verlagsprogramm richtet sich auch an esoterisch und neuheidnisch orientierte Rechtsextremisten.

Aula:

Eine FPÖ-nahe österreichische Monatszeitschrift, in der regelmäßig auch bundesdeutsche Rechtsextremisten zur Feder greifen. Der „Schriftleiter“ des Blattes, Otto Scrinzi, war Mitglied der NSDAP und SA-Sturmführer.

Bund freier Bürger (BFB)

Der 1994 von Gegnern des Maastricht-Vertrages gegründete „Bund Freier Bürger“ driftete nach der Wahl von Heiner Kappel im April 1999 zum neuen BFB-Bundesvorsitzenden (zuvor: Manfred Brunner) ins rechtsextreme Spektrum ab. Der Verfassungsschutz warf dem BFB vor, „antisemitische Ressentiments“ zu schüren und „systematisch die Bedeutung der NS-Vergangenheit“ herunterzuspielen.

Burschenschaft Danubia

Die pflichtschlagende Münchner „Burschenschaft Danubia“ gehört zum radikal völkischen Flügel des Dachverbandes der „Deutschen Burschenschaft“ (DB). Mit Wirkung vom 1. Januar 2001 wurde die Aktivitas der „Danubia“ in Bayern in das Verzeichnis der verfassungsfeindlichen Organisationen aufgenommen.

Die Aktivitas der Danuben hat Rechtsextremisten wiederholt ein Podium in ihren Räumen und der von der Burschenschaft herausgegebenen „Danuben-Zeitung“ geboten. Dem Haupttäter eines Skinhead-Angriffs auf einen Griechen vom Januar 2001 in München

wurde in deren Räumen eine Übernachtungsmöglichkeit verschafft. Die „Burschenschaft Danubia“ galt in den 70er Jahren als Kaderschmiede für die NPD-Studierendenorganisation „Nationaldemokratischer Hochschulverband“ (NHB) und war Ende der 80er Jahre eng mit der Partei Die Republikaner liiert.

Cannstatter Kreis (CK)

Der 2002 offiziell aufgelöste verfassungsfeindliche Verein in Stuttgart-Bad Cannstatt bot ein Forum für die Verbreitung rechtsextremen Gedankengutes.

Criticon

Die Vierteljahresschrift „Criticon“ wird vom Verfassungsschutz der „Neuen Rechten“ zugeordnet. „Criticon“ gehört zu den Publikationen, die eine publizistische Brückenfunktion zwischen dem bürgerlich-konservativen und dem „konservativ-revolutionärem“ Spektrum einnehmen.

Der Schlesier

Die Wochenzeitung „Der Schlesier“ verfolgt nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes u.a. das „Ziel der Wiederherstellung Deutschland in den Grenzen von 1937, weist die Schuld des Hitler-Regimes am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zurück und verharmlost die Verbrechen des Nationalsozialismus“. Einher gehen diese Ziele mit „ständiger massiver Verunglimpfung des Staates und seiner Repräsentanten.“

***Deutsch-Europäische
Studiengesellschaft (DESG)***

Die DESG ist eine 1972 gegründete Organisation der „Neuen Rechten“ mit nationalrevolutionärer Ausrichtung.

Deutsche Studiengemeinschaft (DSG):

Die DSG pflegt enge Verbindungen zur „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP). Die DSG will einen Beitrag zu einem „Kontrastprogramm zu der täglichen Indoktrination eines >politisch korrekten<, dem Zeitgeist entsprechenden Denkens, das aber eine seine Substanz und Zukunft zerstörende Wirkung hat“ liefern. Dem DSG-Führungsgremium gehören neben bekannten Rechtsextremisten auch ehemalige NPD-Spitzenfunktionäre an.

***Deutsches Kulturwerk europäischen
Geistes (DKeG)***

Das rechtsextreme DKeG wurde 1950 vom SA-Lyriker Herbert Böhme als „volksbewusste und volkstreuere Gemeinschaft“ gegründet. Es verkörpert heute den ewiggestrigen Blut- und Boden-Flügel des bundesdeutschen Rechtsextremismus.

Deutsches Seminar

Das „Deutsche Seminar“ ist eine rechtsextreme regionale Kleinstgruppe und wird seit Januar 1997 vom baden-württembergischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet.

Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG)

Seit 1952 erscheinende Vierteljahresschrift aus dem Tübinger „Grabert“-Verlag. Die Schrift enthält, so der Verfassungsschutz, „wissenschaftlich ver-

brämte Artikel zu zeitgeschichtlichen Themen aus revisionistischer Sicht.“

***Deutschland-Bewegung/
Friedenskomitee 2000***

Beide Gruppierungen werden von Alfred Mechtersheimer geführt. Mechtersheimer ist laut Verfassungsschutz „einer der wichtigsten Protagonisten rechtsextremistischer Bestrebungen“ und befindet sich in „Gegnerschaft zum demokratischen Rechtsstaat“. In Flugblättern der beiden Gruppierungen wird, so das bayrische Landesamt für Verfassungsschutz, „ein demokratiefeindliches, die Volkssouveränität ablehnendes und rassistisch geprägtes Deutschland“ gefordert.

Die Deutschen Konservativen (DDK)

Schon unter der Kohl-Bundesregierung wurde der von dem wegen Volksverhetzung vorbestraften Journalisten Joachim Siegerist geführte Verein als rechtsextrem eingestuft. Siegerists Sprachstil ist nach Auffassung der Kohl-Bundesregierung „zum Teil mit ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt“ gespickt. So sprach er in einem DDK-Rundschreiben von „Strolchen aus dem Jüdischen Weltkongress“. Der Verein, der von den Grenzen von 1937 träumt, veranstaltet regelmäßig Kongresse. Für die musikalische Umräumung sorgt u.a. der NPD-Liederbarde Frank Rennicke, vormals Mitglied der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ).

Eckartbote (neuerdings „Eckart“)

Rechtsextreme österreichische Monatszeitschrift. Deren „Schriftleiter“, Helmut Müller, publiziert auch im NPD-Sprachrohr „Deutsche Stimme“.

Elemente

Zwischenzeitlich eingestelltes Sprachrohr des rechtsextremen „Thule-Seminars“. Das „Thule-Seminar“ versteht sich als metapolitische Ideenschmiede für eine künftige europäische Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnisch-religiösen Erbes.

Freie Deutsche Sommeruniversität

Die elitäre Züge tragende Schulungseinrichtung, eine extreme Abspaltung der „Sommeruniversität der >Jungen Freiheit<“, wurde nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes von Rechtsextremisten zu Zwecken der ideologischen Schulung und Kontaktpflege initiiert.

Freiheit Wattenscheid

Herausgeber des rechtsextremen Stadtblattes „Freiheit Wattenscheid“ ist Michael Frank, vormals Mitglied der NPD und der DVU. Wegen Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener ist Frank vorbestraft.

Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP)

Die FDVP wurde im Februar 2000 durch ehemalige Abgeordnete und Funktionäre der DVU, die in Opposition zum DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey standen, als Bundespartei gegründet.

Gesellschaft für freie Publizistik (GFP)

Die GFP, laut Verfassungsschutz die größte rechtsextreme kulturpolitische Vereinigung in der Bundesrepublik, wurde 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründet. Sie verbreitet ausländerfeindliche und nationalistische Aussagen. Vorsitzender ist Rolf Kosiek, vormals NPD-Landtagsabgeordneter und seit Jahren führender Mitarbeiter des „Grabert-Verlages“.

Grabert-Verlag

Der „Grabert-Verlag“ in Tübingen gehört zu den bekanntesten und hinsichtlich seines Buchangebotes größten rechtsextremen Verlagen in der Bundesrepublik. Schwerpunkt des Verlagsprogramms sind revisionistische Bücher und Publikationen.

Der Verlag gilt als Standard-Verlag der Holocaustleugner und derer, die die Geschichte der NS-Zeit umschreiben möchten. Bei Grabert erschienen Bücher wie der „Auschwitz-Mythos“.

Geschäftsführer sowohl des „Grabert-Verlages“ als auch des „Hohenrain-Verlages“ ist der u.a. wegen Vergehens gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften rechtskräftig verurteilte Wigbert Grabert.

Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG)

Die HIAG versteht sich als Sprachrohr der verbotenen Waffen-SS und unterhält Kontakte zu diversen rechtsextremen Gruppierungen.

Hohenrain-Verlag

Wie der „Grabert-Verlag“ wird der „Hohenrain-Verlag“ vom Verfassungsschutz den organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlagen zugeordnet. Mehrfach wurden Bücher beider Verlage beschlagnahmt, gerichtlich eingezogen bzw. von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert; u.a. ein Sammelband, in dem die planmäßige Vernichtung von Juden im Dritten Reich geleugnet wird.

Institut für Staatspolitik (IfS)

Das IfS, das sich als „Reemtsma-Institut von rechts“ versteht, gilt als Teil des Projektes „Junge Freiheit“. In Broschüren des IfS wird nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes auch auf „antidemokratische Ideologen, insbesondere solcher der >Konservativen Revolution<, rekuriert und versucht, deren staatsphilosophische Erklärungsmuster weiterzuentwickeln.“ Führender Ideologe des IfS ist Karlheinz Weißmann.

Kolbenheyer-Gesellschaft

Die Gesellschaft pflegt das Werk und Andenken an den Schriftsteller Erwin Guido Kolbenheyer, der in der NS-Zeit der am meisten ausgezeichnete Schriftsteller war.

Kulturwerk österreich

Das österreichische Bundesministerium des Innern zählt in seinem Jahreslagebericht die „Kulturtage“ zu den jährlich stattfindenden erwähnens-

werten rechtsextremen Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung.

Nation + Europa

Das bedeutendste rechtsextreme Theorie- und Strategieorgan erscheint seit 1951 monatlich. Peter Dehoust und Harald Neugebauer, Herausgeber der Publikation, wollen dazu beitragen, das zersplitterte rechtsextreme Lager in der Bundesrepublik zu einen.

Neue Rechte

Diese steht, so der Verfassungsschutz für eine „akademisch-intellektuelle, modernisierte Form rechten antidemokratischen Denkens.“ Ihre eigentliche Bedeutung „liegt in der Modernisierung und Vervollkommnung von Teilen rechtsextremistischer Ideologie, die einerseits von anderen rechtsextremistischen Bereichen übernommen werden, andererseits in rechtskonservative Kreise ausstrahlen und damit Einfluss auf Bereiche des demokratischen Spektrums gewinnen.“

Pour le Merite-Verlag

Zählt zum Verlagsimperium des Rechtsextremisten Dietmar Munier (Arndt-Verlag)

Revisionismus

Die am weitesten verbreitete Form des Revisionismus in der Bundesrepublik besteht, so der Verfassungsschutz, darin, „die Tatsache und den Umfang des millionenfachen Mordes an Juden in der Zeit des Nationalsozialismus zu

verharmlosen oder gar zu leugnen (>Auschwitz-Lüge<).“

Buchversand Rüggeberg

Der Versandbuchhändler und Verleger Dieter Rüggeberg hat sich auf die Verbreitung Verschwörungstheorien huldigender Bücher (z.B. „Geheimpolitik. Der Fahrplan zur Weltherrschaft“) spezialisiert.

Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Trakehnen

Initiator des von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuften „Schulvereins“ ist der rechtsextreme Verleger Diermar Munier (Arndt-Verlag). Trakehnen liegt im einstigen Nordostpreußen. Mitte 1996 wurde von russischer Seite ein Einreiseverbot gegen Munier verhängt. Geringesehener Referent des „Schulvereins“ ist der NPD-Ideologe Horst Mahler.

Schutzbund für das deutsche Volk (SdV)

Der 1981 gegründete „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SdV) gibt sich als Sachverwalter des rassistischen „Heidelberger Manifestes“ vom Juni 1981, in dem mehrere rechtsextreme Professoren ihre „Sorge“ über die „Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug vieler Ausländer“ ausdrückten. Zweck des Vereins ist die „Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes“. Der SdV fordert in seinem Programm die möglichst baldige Rückführung zugezogener Fremder in ihre Heimat-

länder, die Aufhebung der Freizügigkeit innerhalb der EU und die unverzügliche Beendigung der >völkerfeindlichen< Integration von Fremden in die Bundesrepublik. An Vortragsveranstaltungen des SdV nehmen regelmäßig Mitglieder NPD teil.

Staatsbriefe

Das rechtsextreme Theorieorgan mit einem fundamentaloppositionellen Ansatz wurde Ende 2001 eingestellt und soll wieder in der ersten Jahreshälfte 2003 erscheinen. Der Herausgeber ist wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener rechtskräftig verurteilt.

Studienzentrum Weikersheim (SZW)

Das SZW, eine rechtskonservative Kaderschmiede der Unionsparteien, wurde 1979 vom ehemaligen NS-Marinrichter und späteren Ministerpräsidenten Hans Filbinger (CDU) gegründet, um die „geistig-moralische Wende“ mit zu betreiben. Recherchen des Magazins „Der Stern“ zufolge arbeitet das SZW daran, „deutschnationales Gedankengut wieder salonfähig zu machen und ein breites ideologisches Bündnis zwischen intellektuellen Brandstiftern und vermeintlichen Biedermännern aus der großen Politik zu schmieden.“ Zuletzt lieferte das SZW, das immer wieder Rechtsextremisten ein Podium bietet, 1999 Schagzeilen. Auf der SZW-Internet-Homepage fan-

den sich Links zu verfassungsfeindlichen Periodika wie „Nation + Europa“ und „Staatsbriefe“.

Synergion Deutschland (SYD)

Ziel von „Synergion Deutschland“, so der Verfassungsschutz, „ist die Überwindung der demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnung zu Gunsten eines organisch-hierarchischen Gesellschaftsmodells.“

Unabhängige Nachrichten (UN)

Die monatlich in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheinenden UN leugnen regelmäßig die Kriegsschuld Deutschlands und verunglimpfen die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM)

Ziele der im März 2002 offiziell aufgelösten „rechten Psycho-Sekte“, wie der VPM laut Gerichtsbeschluss genannt werden darf, waren u.a. eine repressive Drogen-, Bildungs-, und Aids-Politik. Im Sekten-Bericht der vom Bundestag (13. Wahlperiode) eingesetzten Enquete-Kommission „Sogenannte Sekten und Psychogruppen“ wurde VPM als „konfliktträchtige Gruppe“ eingestuft.

Verlag Hohe Warte

Der „Verlag Hohe Warte“ gibt zweimal monatlich die rechtsextreme Zeitschrift „Mensch und Maß“ heraus. Die Postille ist das Sprachrohr des zeitweilig in der Bundesrepublik verbotenen „Bundes für Gotterkenntnis“ (Luden-

dorff-Bewegung), der die antiparlamentarischen und rassistischen, insbesondere antisemitischen Ideen der Eheleute Ludendorff verbreitet. Nach Mathilde Ludendorff sind die Geschehnisse der Welt seit Jahrhunderten dem konspirativen Wirken überstaatlicher Mächte, den Juden, Jesuiten und der Freimaurer unterworfen.

Verlag und Antiquariat Uwe Berg

Uwe Berg war einst Kader der „Wiking-Jugend“ (WJ) und des „Bundes Heimat-treuer Jugend“ (BHJ). Sein seit 1970 bekannter Verlag gilt als bedeutendster rechtsextremer Verlag in Niedersachsen. Er wirbt in seinem Katalog für NS-Literatur wie z.B. Hitlers „Mein Kampf“.

Verlagsgesellschaft Berg

Die rechtsextreme „Verlagsgesellschaft Berg“ besteht seit 1991. Die Unternehmensgruppe wird von Gert Sudholt, der 1999 wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde, geleitet. Die zwischenzeitlich eingestellte Zwei-monatsschrift „Opposition“ verstand sich ebenso als politisches Magazin wie auch als Strategie- und Theorieorgan.

wir selbst

Die nationalrevolutionäre Zeitschrift „wir selbst“ erscheint im „Verlag S. Bublies“, der u.a. Bücher anbietet, die den Nationalsozialismus verherrlichen. In dem Verlag ist 1995 das rechtsextreme Buch „Das kann doch nicht das

Ende sein“ des ehemaligen Reichsjugendführers Arthur Axmann erschienen.

Witikobund

Der „Witikobund“ versteht sich als „nationale sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft“. Auf eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung teilte diese 2001 mit, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz „eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen festgestellt“ hat.

Zeitenwende

Der „Verlag Zeitenwende“ (Sitz: Dresden), der vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen beobachtet wird, arbeitet eng mit „Synergion Deutschland“ zusammen. Autor des Verlages ist u.a. der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub.

Anton Maegerle

ist einer der bekanntesten und profiliertesten Journalisten, die zum Thema Rechtsextremismus recherchieren und publizieren. Er veröffentlicht u.a. im Blick nach Rechts, Stern, Spiegel und Konkret

Auf Wunsch eines einzelnen Herren veröffentlichen wir hier eine ausführliche Biografie von Thorsten Thaler, Chef vom Dienst der "Jungen Freiheit".

Kurz nach der Vorab-Veröffentlichung des Artikels von Anton Maegerle auf unseren Internetseiten über die "Junge Freiheit" wandte sich Thorsten Thaler, Chef vom Dienst des Blattes, an uns und verlangte, seine Biografie an einem entscheidenden Punkt zu korrigieren. Anlass für uns, Anton Maegerle zu bitten, uns etwas mehr über Thorsten Taler zu verraten. Es hat sich gelohnt ...

Thorsten Thaler (Jg. 1963) – eine politische Biografie

von Anton Maegerle

Thaler, heute Chef vom Dienst der „Jungen Freiheit“, schreibt seit 1989 für das Rechtsaußenblatt.

Seinen politischen Werdegang startete Thaler bei der CDU-Nachwuchsorganisation Junge Union.

Am 21. Februar 1989 trat er aus der JU, wo er stellvertretender Berliner Landesvorsitzender war, aus, und kündigte den Übertritt zu den rechtsextremen „Republikanern“ an.

Zuvor hatte Thaler schon sein Amt als Kreisvorsitzender der JU Wedding „wegen bröckelnder Solidarität und mangelnder Unterstützung“ niedergelegt. In einem gleichlautenden Brief an den Berliner CDU-Landesvorsitzenden Eberhard Diepgen und den Berliner JU-Landesvorsitzenden Gunnar Sohn begründete Thaler seinen Partei-Aus-

tritt damit, dass die „sträfliche Vernachlässigung des konservativen Elements“ der Berliner CDU „einen irreparablen Schaden zugefügt“ habe.

Im Sommer 1988 hatte die Berliner JU für Negativ-Schlagzeilen gesorgt. Die TAZ hatte öffentlich gemacht, dass eine Berliner JU-Delegation auf Einladung des Apartheids-Regimes nach Südafrika gereist war. Kommentar von Thaler der Presse gegenüber: „Gleichgültig, ob die Reise innerhalb der Jungen Union Berlin umstritten ist oder nicht, (...) die Junge Union wird in jedem Fall nach Südafrika reisen!“ Jede andere Antwort sei „ein Sieg der ideologischen Dummheit einiger Journalisten im Verbund mit Jusos und AL über die Vernunft und den Verstand der überwiegenden Mehrheit in der Jungen Union Berlin.“

Kritik an der JU kam dagegen auch aus den eigenen Reihen. Thalers JU-Vorstandskollege Marco Hennig sprach von „Machenschaften und Morast“ in der Berliner JU und erklärte: „Ein inhaltlicher Umgang mit dem Problem des Rechtsradikalismus scheint in der JU nicht zu existieren.“

Bei den „Republikanern“ macht Thaler rasch Karriere. Er wird in Folge Geschäftsführer der REP-Landtagsfraktion in Berlin und Pressesprecher des Berliner Landesverbandes seiner Partei.

1990 tritt er dem neu gegründeten „Hoffmann-von Fallersleben-Bildungswerk“, einer „rechtsextremen Tarnorganisation“ (Berliner Landesamt für Verfassungsschutz), bei. Ebenfalls Mitglied dieser Runde: Markus Motschmann, zuvor JU-Mitglied in Berlin.

1991 fordert Thaler in der rechtsextremen Zeitschrift „Europa Vorn“ (Manfred Rouhs) die Abwahl Franz Schönhubers als Parteivorsitzender.

Seine Republikaner-Parteikarriere beendet Thaler mit dem Austritt aus der Partei.

Im April 1991 beklagt er in der rechtsextremen Monatszeitung „Deutsche Rundschau“, „daß Politiker der Bonner Altparteien auf ein Viertel deutschen Staatsgebietes -Pommern, Schlesien und Ostpreußen- zugunsten Polens völkerrechtswidrig verzichten.“ Die „Deutsche Rundschau“ war das

Sprachrohr der „Deutschen Allianz - Vereinigte Rechte“ (später: „Deutsche Liga für Volk und Heimat“), einer neuen rechtsextremen Sammlungsbewegung, der zumeist enttäuschte Mitglieder der NPD und der Republikaner, die aus der parteiinternen Opposition um Harald Neubauer kamen, angehör(t)en.

1992 arbeitet Thaler Angaben des Handbuches deutscher Rechtsextremismus zufolge als Cheflektor des rechtsextremen Kieler Arndt-Verlages.

Am 4. April 1992 verschickt der DLVH-Bundesvorsitzende, der Europaabgeordnete Harald Neubauer, mit Briefkopf des Europäischen Parlaments, eine Pressemitteilung: „Am Freitagabend, 3. April 1992, wurden drei Vorstandsmitglieder der neugegründeten Rechtspartei >Deutsche Liga für Volk und Heimat<“ und deren Freunde beim Essen in einem Berliner Restaurant von einer Bande verummter Ausländer überfallen und mit Messern niedergestochen. Dabei kam der Berliner Landesschriftführer der DEUTSCHEN LIGA, Kaindl, ums Leben, während das Landesvorstandsmitglied Thorsten Thaler schwer verletzt wurde.“

„Lebensgefährlich verletzt“ sei „das Landesvorstandsmitglied der Deutschen Liga, Torsten Thaler“, ist in dem Flugblatt „Die Jagd ist frei“ der DLVH-Köln (Manfred Rouhs) zu lesen.

Nach Eigenangaben gehört Thaler bis Januar 1993 der DLVH an.

Zur Feder greift Thaler in den Folgejahren für die im Visier des Verfassungsschutzes stehende Vierteljahresschrift „Criticon“ und die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation + Europa“.

Darin lamentiert er 1995, dass „die auf den Wogen der Moderne surfenden Bundesdeutschen weniger denn je“ mit „dem preußischen Erbe“ zu tun haben wollen.

Im gleichen Jahr schreibt er in der holocaustleugnenden Postille „Sleipnir“ über das Attentat von 1992.

Als Autor gerngesehen ist er auch in der neurechten -zwischenzeitlich- eingestellten Postille „Gegengift“.

Hauptagitationsfeld ist seit Jahren für ihn die „Junge Freiheit“.

1999 lobte Thaler darin das Machwerk „So nicht, Herr Bubis! Eine deutsche Antwort“ des notorischen Rechtsextremisten Peter Dehoust, Mitbegründer der DLVH, als „mutige Schrift“. O-Ton Thaler: „Nur vereinzelt sind (..) kritische Stimmen zu Ignatz Bubis zu vernehmen. Für Peter Dehoust liegt der Grund für diese Einseitigkeit auf der Hand: >Der angeblich freieste Staat deutscher Geschichte hat so viele Denk- und Sprachtabus errichtet, daß der gewöhnliche Deutsche lieber seinen Mund hält, um nicht von den Wächtern der Political Correctness kurzerhand erschlagen zu werden.<“

Anton Maegerle

ist einer der bekanntesten und profiliertesten Journalisten, die zum Thema Rechtsextremismus recherchieren und publizieren. Er veröffentlicht u. a. im Blick nach Rechts, Stern, Spiegel und Konkret



Analyse - Strategieentwicklung - Beratung - Campaigning

Lütke Politikberatung

Arbeitshandbuch Bundestag

Abgeordnete, Funktionen, Adressen, Telefonnummern

248 Seiten, Paperback, ISBN 3-936130-07-8, 12,80 €

verlag kai weber
hebbelstrasse 39 · 14469 potsdam
fon 03 31 – 200 87 22 · fax 200 87 24
e-mail: info@weber-medien.de

Wir liefern versandkostenfrei auf Rechnung.

Seit 1997 erscheint

„Perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik“.

Wenn Sie Interesse an bisher erschienenen Ausgaben haben,
können Sie ältere Exemplare auf unserer Homepage
www.perspektive21.de als pdf herunterladen.

Einzelne Exemplare von bisher erschienenen Ausgaben schicken wir Ihnen
gerne auch auf Wunsch kostenlos zu. Senden Sie uns bitte eine eMail an
perspektive-21@spd.de.

Zur Zeit sind noch folgende Titel lieferbar:

Heft 8 Was ist soziale Gerechtigkeit?

Heft 11 Wirtschaft und Umwelt

Heft 13 Kräfteverhältnisse – brandenburgisches Parteiensystem

Heft 14 Brandenburgische Identitäten

Heft 15 Der Islam und der Westen

Heft 16 Bilanz vier Jahre sozialdemokratisch-bündnisgrünes Reformprojekt

Heft 17 Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?